



LANDKREISTAG KOMPAKT

Mitteilungen des Bayerischen Landkreistags

Ausgabe Nr. 4/2025



**Regier Austausch zwischen Landräten und Abgeordneten beim Parlamentarischen Abend
im Haus der bayerischen Landkreise**

Spannende Einblicke zu aktuellen Herausforderungen der
medizinischen Grund- und Regelversorgung in Günzburg S. 9

Wie gelingt die Reform des Sozialstaats? S. 23

Jetzt für den Bayerischen Energiepreis 2026 bewerben S. 35



Editorial	4
Aktuell	
Parlamentarischer Abend mit der CSU-Landtagsfraktion im Haus der bayerischen Landkreise	6
Spannende Einblicke zu aktuellen Herausforderungen der medizinischen Grund- und Regelversorgung in Günzburg	9
Tag der Kommunen auf der IAA MOBILITY 2025: Landkreise als Schlüsselakteure zwischen ÖPNV, Digitalisierung und Auto	13
Bayerischer Landkreistag zur Einigung der Verkehrsminister über die Finanzierung des Deutschlandtickets: Licht und Schatten	16
Initiative der Landtagsfraktionen von CSU, FREIEN WÄHLERN und Bündnis 90/DIE GRÜNEN für ein finanzierbares und pädagogisch wirksames Schulbegleitermodell durch Pooling	17
EU-Praxis-Check in Augsburg: Zwischen Bürokratie und Biodiversität Bayerische Landkreise gegen EU-Wiederherstellungsverordnung	18
Bayerischer Landkreistag warnt vor Sanierungsstau und mahnt Reform des Artenschutzrechts an!	21
Wie gelingt die Reform des Sozialstaats?	23
Kreislaufwirtschaft als kommunale Zukunftsaufgabe	26
Global vernetzt: Partnerschaften bayerischer Kommunen mit Kommunen im Globalen Süden	30
Bessere Bündelung tourismuspolitischer Interessen durch neuen Dachverband	32
Krisendienste Bayern: 97.816 telefonische Kriseninterventionen im Jahr 2024	33
Jetzt für den Bayerischen Energiepreis 2026 bewerben	35
Sicherheit und Resilienz	
Brigadegeneral Thomas Hambach zu Gast im Präsidium des Bayerischen Landkreistags	36
Bayerischer Landkreistag zu Gast bei IABG: Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) im Fokus	37
Gemeinsam stark. Krisenresilienzstrategie des Coburger Landes Resilienz – ein kommunales Praxisbeispiel	39
Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge stärkt den Bevölkerungsschutz: Schulungen in den Kommunen gestartet	43



Politik für die Zukunft: Kinder und Jugendliche im Fokus

DIPiK: In zwei Jahren vom Modell zum Regelangebot
 Wie der Landkreis Dachau ein neues Kapitel in der Jugendhilfe
 aufschlägt 44

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung – Erfolgreiche Umsetzung durch
 übergreifende Kooperation 48

Künstliche Intelligenz in der Jugendhilfe: Landkreise Augsburg und
 München starten Pilotprojekt „JuKI 1.0“ 50

Kreistag gibt grünes Licht für das Berufliche Schulzentrum Lindau:
 Deutliche Mehrheit für Neubau – ein Meilenstein für Bildung und
 Fachkräftesicherung 52

Neue Koordinationsstelle stärkt ehrenamtliche Vormundschaften
 im Landkreis Aschaffenburg 54

Aus den Landkreisen

Landkreisübergreifender Austausch über präventiven Hochwasserschutz
 an der Glonn: Zweckvereinbarung angedacht 55

Grenzenlose Möglichkeiten: Gemeinsam für eine starke bayerisch-
 tschechische Zusammenarbeit 57

Niederbayerische Wächter der Landkreisfinanzen trafen sich in
 Deggendorf 59

Zukunft der Landwirtschaft im Klimawandel: Landkreis Bayreuth lädt
 zum Austausch ein 60

Erfolgreicher Start der Heimvooorteil-Kampagne zur regionalen Energie-
 wende 62

Schwimmen lernen und so sicher ins Leben starten 63

Fachgespräch Vielfalt: Demokratie braucht Diversität 66

kunststoffcampus bayern in Weißenburg: Von der Idee über die
 Gründung bis zur Neuausrichtung 2025 68

Elektrobusse im Raum Pyrbaum/Postbauer-Heng: Der Landkreis
 Neumarkt i.d.OPf. setzt auf klimafreundliche Mobilität im ÖPNV 70

13 Arbeitgeber warben im Jobcenter des Landkreises Regensburg
 um Fachkräfte in Pflege und Betreuung 71

Personalien 73

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
 Kardinal-Döpfner-Straße 8
 80333 München
 Telefon (089) 286615-0
 Telefax (089) 282821
 info@bay-landkreistag.de
 www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl
 Geschäftsführendes Präsidialmitglied
 des Bayerischen Landkreistags
 Sarah Honold
 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



natureOffice.com/DE-077-953312

Druckerei Schmerbeck GmbH
 Gutenbergstraße 12
 84184 Tiefenbach

Aufbruch in neue Zeiten?

Liebe Leserinnen und Leser,

die kommunale Ebene steht nach wie vor unter Druck. In fast allen Landkreisen sind die Haushaltslagen angespannt, während die Aufgaben weiter zunehmen. Gleichzeitig rückt die Kommunalwahl 2026 näher. Die Herausforderungen sind real, die Spielräume kleiner geworden. Deshalb lohnt es sich, objektiv festzustellen: Was sind die tatsächlich drängendsten Probleme? Die Themen, die unsere Landkreise derzeit bewegen, sind zahlreich. Doch manche wiegen schwerer und manche lassen sich leichter öffentlich diskutieren als andere. Unter anderem im Rahmen unserer 56. Landrätetagung am 15. und 16. Oktober 2025 im Landkreis Kronach werden wir die Dinge erneut beim Namen benennen.

Finanzen: Die größte Herausforderung

Die mit Abstand größte Herausforderung für die kommunale Ebene ist weiter die dramatisch angespannte Finanzlage. Bayernweit rechnen wir im Jahr 2024 mit einem negativen Finanzierungssaldo von rund 5,4 Milliarden Euro – ein historischer Tiefstand. Der Grund dafür liegt nicht in fehlendem Haushaltsbewusstsein auf lokaler Ebene, sondern in der Tatsache, dass die Ausgabendynamik – vor allem im Sozialbereich – die kommunalen Einnahmen bei Weitem übersteigt. Zwischen 2018 und 2023 stiegen beispielsweise allein die Nettoausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe um durchschnittlich 33 %, die Personalausgaben wuchsen seit 2019 um 44 % – vielfach als Folge staatlicher Vorgaben und Standards. Gleichzeitig wuchsen die kommunalen Steuereinnahmen im Jahr 2024 nur um 1,3 %, während die Sozialausgaben um 13 % zulegten. Dieses Ungleichgewicht ist nicht tragbar – weder finanziell noch politisch. Die Verschuldung der bayerischen Kommunen stieg zwischen 2019 und 2023 auf über 22 Milliarden Euro. Diese Problemlage betrifft nahezu alle Landkreise – und sie betrifft sie strukturell. Die Ursachen dafür liegen in systemischen Defiziten im kommunalen Finanzsystem und einer Politik des Bundes, die zwar zwischenzeitlich durchaus die Problemlagen der Kommunen anerkannt hat, die aber nach wie vor keine wirksamen Gegenmaßnahmen einleitet.

Digitalisierung und Entbürokratisierung: Dauerbrenner mit Gestaltungspotenzial

Zwei weitere Themen, die sowohl sachlich dringend als auch politisch im Fokus sind, sind die Digitalisierung



Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

und die Entbürokratisierung. Die Landkreise haben hier bereits viel geleistet – und auch viel gefordert: Über 300 Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung haben wir zusammengetragen. Doch das politische Bekenntnis, unnötige Standards und Aufgaben zu streichen, fehlt vielerorts – nicht zuletzt im aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene, der viele vage Andeutungen, aber wenig konkrete Vorschläge enthält.

Der Ruf nach „weniger Bürokratie“ ist leicht erhoben, aber schwer umgesetzt – das wissen wir. Dennoch wird dieses Thema im Wahlkampf eine Rolle spielen, weil es mit dem Anspruch auf moderne Verwaltung und Bürgernähe unmittelbar verknüpft ist. Forderungen nach besserer Digitalisierung oder kürzeren Bearbeitungszeiten lassen sich gut platzieren – auch wenn ihre Umsetzung am Ende von Ressourcen abhängt, die derzeit oft fehlen.

Gesundheitsversorgung: Ein Wahlkampfthema mit lokaler Fallhöhe

Anders ist es bei der medizinischen Versorgung, insbesondere im Bereich der Krankenhäuser. Auch hier sind bundespolitische Weichenstellungen – etwa die fehlende auskömmliche Finanzierung – klar zu benennen. Doch zugleich gibt es regionale Unterschiede, konkrete Standortfragen und teilweise sehr emotionale lokale Debatten. Dies macht das Thema wahlkampftauglich – wenngleich es nicht weniger komplex ist.

**Die Landrätetagung in Kronach: Ein Forum für Realismus und Lösungen**

All diese Themen werden uns auch auf der 56. Landrätetagung in Mitwitz (Landkreis Kronach) begleiten, die unter dem Leitthema „Innovation und Verantwortung: Gemeinsam für zukunftsfähige Landkreise“ steht. Das Programm greift die politischen Brennpunkte unserer Zeit auf – von der finanziellen Lage der Kommunen über gleichwertige Lebensverhältnisse bis hin zur Vertrauenskrise in die Politik. Mit dabei sind u.a. hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Staatsregierung und Landtag – aber vor allem: unsere Landrätinnen und Landräte, die diese Herausforderungen jeden Tag vor Ort spüren.

Wir erwarten keine einfachen Antworten. Aber wir brauchen Klarheit, Sachlichkeit und den Mut, ehrlich über die Grenzen kommunalen Handelns zu sprechen. Denn unsere Verantwortung endet nicht bei der nächsten Wahl – sondern betrifft die Lebensrealität von Millionen Bürgerinnen und Bürgern.

Fazit: Ehrlich bleiben – gemeinsam handeln

Trotz aller Herausforderungen bin ich überzeugt: Unsere Landkreise leisten Herausragendes – mit Engagement, mit Sachverstand und mit einer klaren Haltung. Die Zeiten großer Spielräume sind vorbei, das ist kein Geheimnis. Aber gerade deshalb müssen wir das, was möglich ist, mit umso mehr Verantwortung gestalten. Ich danke allen, die sich daran beteiligen und freue mich auf unsere Tagung im Landkreis Kronach.

Ihre

Andrea Degl

Parlamentarischer Abend mit der CSU-Landtagsfraktion im Haus der bayerischen Landkreise

Am 1. Juli lud der Bayerische Landkreistag die Mitglieder der CSU-Landtagsfraktion zu einem Abend voller politischer Diskussionen ein.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, betonte die Notwendigkeit, Bürokratie abzubauen und die Finanzen der Kommunen weiter in den Fokus zu nehmen, auch wenn u.a. der Koalitionsvertrag der Bundesregierung Hoffnungen geweckt habe.

Klaus Holetschek, MdL, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, sprach über die Wurzeln der Politik in den

Kommunen. „In der Pandemie haben wir gesehen, wie wichtig Zusammenhalt ist!“, sagte er und forderte ein gemeinsames Handeln: „Wir müssen vernünftige Erwartungen setzen und Herausforderungen wie die Gesundheitsversorgung gemeinsam angehen.“

Der Abend war geprägt von einem lebhaften Austausch von Abgeordneten und Landräten sowie dem gemeinsamen Ziel, Bayern zukunftsfähig zu gestalten.



Der Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek, MdL, begrüßt die Gäste.



Der Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek, MdL, im Gespräch mit dem Präsidenten Thomas Karmasin



Die Abgeordneten Martin Stock (links) und Jürgen Eberwein



V.l.: Landrat Thomas Bold, Bad Kissingen, Staatssekretär des Innern, für Sport und Integration Sandro Kirchner, MdL, und das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags Andrea Degl



V.l.: Landrat Markus Müller, Dillingen a.d. Donau, MdL Thorsten Freudenberger



V.l.: Landrat Helmut Petz, Freising, Landrat Martin Neumeyer, Kelheim, und Landrat Bernhard Kern, Berchtesgadener Land



V.l.: Landrat Thomas Ebeling, Schwandorf, mit dem Abgeordneten Dr. Stephan Oetzinger



Die Teilnehmer im Gespräch mit der Landtagspräsidentin Ilse Aigner, MdL



V.l.: Landrat Stefan Löwl, Dachau, mit der Landtagspräsidentin Ilse Aigner, MdL, und Präsident Thomas Karmasin



Franken unter sich: Landrat Christian Meißner, Lichtenfels, Landrat Peter Berek, Wunsiedel i. Fichtelgebirge, und Landrat Wilhelm Schneider, Haßberge



Landrat und 3. Vizepräsident Sebastian Gruber, Freyung-Grafenau (links), Sarah Honold, Pressesprecherin des Bayerischen Landkreistags mit Landrat Thomas Ebeling, Schwandorf (rechts)



Tauschten sich aus: Sascha Schnürer, MdL, und Landrat Wilhelm Schneider, Haßberge (rechts)



Spannende Einblicke zu aktuellen Herausforderungen der medizinischen Grund- und Regelversorgung in Günzburg

Ende Juni tagten rund 40 Landräte und zahlreiche weitere Fachexperten im Landkreis Günzburg, um drängende Fragen der medizinischen Versorgung in Bayern zu diskutieren. Bei der „Schwerpunktklausur Krankenhäuser“ des Bayerischen Landkreistags standen u.a. Themen wie Akutmedizin, transsektorale Übergänge und zukunftsfähige Versorgungsmodelle auf der Agenda.

Verlässliche Partner

Im Krankenhaus-Bereich müssen sich die Träger kommunaler Kliniken auf zwei Partner verlassen können: den Bund und den Freistaat Bayern. Ersterer hat sie dabei im Regen stehen lassen. Über Jahre wurden die laufenden Steigerungen bei den Betriebskosten durch das dafür zuständige Berlin nicht ausgeglichen. Um die Liquidität der Häuser war es entsprechend bestellt. Vielerorts musste das Schlimmste wiederholt durch ureigenes kommunales Geld, das dann an anderer Stelle für andere Aufgaben fehlte, verhindert werden. Die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung angekündigte Soforthilfe für versorgungsnotwendige Krankenhäuser soll die finanziellen Löcher so lange stopfen, bis der Bund mit seiner Reform so weit ist.

„Der Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung ist ein grundlegendes menschliches Bedürfnis und ein entscheidender Faktor für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags.

Der Bayerische Landkreistag fordert neben einer bedarfsgerechten Krankenhauslandschaft und ausreichenden Maßnahmen zur Sicherung der bestehenden Krankenhäuser über u.a. eine Erhöhung des Landesbasisfallwerts auch eine bayernweite Krankenhausplanung. Dafür ist der zweite Partner, der Freistaat Bayern, zuständig.

Bedarfsgerechte und praxisorientierte Krankenhausversorgung auf Grundlage der Bedürfnisse der Bevölkerung

Am 1. Tag der Klausurtagung wurde deswegen der Auftritt der Bayerischen Staatsministerin für Gesundheit

und Pflege, Judith Gerlach, MdL, mit Spannung erwartet. Die Staatsministerin brachte die Landrätinnen und Landräte auf den neuesten Stand zu den Herausforderungen und Fortschritten ihres 7-Punkte-Plans. Sie betonte die Notwendigkeit, Sensibilität für die Herausforderungen im Gesundheitssystem zu schaffen und dass die Lösungen nicht nur finanzieller Natur sein könnten.

Der Sieben-Punkte-Plan der Bayerischen Staatsregierung hat viele Forderungen des Bayerischen Landkreistags aufgegriffen. Mit einer Zusammenführung und Aufbereitung verschiedener Daten zur Darstellung des aktuellen und zur Prognose des künftigen Bedarfs an stationären Krankenhausleistungen werden die Träger gezielt auf die Anforderungen in der jeweiligen Region eingehen können. Trotzdem geht den Landrätinnen und Landräten der 7-Punkte-Plan nicht weit genug, denn es soll immer noch alles durch die kommunalen Träger vor Ort entschieden werden. Denn trotz eines Gutachtens, das Bedarfe und Patientenströme analysiert, müssen die Krankenhausträger selbst entscheiden, ob und welche Leistungsgruppen sie beantragen und in welchen Einzugsbereichen etwa die Notfallmedizinische Versorgung organisiert werden soll.

In Baden-Württemberg ist das anders. Landrat Heiner Scheffold, Alb-Donau-Kreis, Vorstandsvorsitzender der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft

„Wir brauchen eine solide Krankenhausplanung, welche den stationären und ambulanten Bereich zusammen betrachtet. Es genügt nicht, dass sich der Freistaat allein auf regionale Vor-Ort-Betrachtungen verlässt, sondern er muss selbst aktiv planend eingreifen. Hier besteht deutlicher Nachholbedarf“, so Landrat Thomas Eichinger, Landsberg am Lech, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag.

e.V., berichtete, dass dort das Land vorschlägt, wo in den Landkreisen welche Leistungsgruppen angeboten werden sollen. Die Träger können dann prüfen, ob sie die notwendigen Qualitätskriterien erfüllen können und wollen.

Weitere Punkte

Zahlreiche Redner brachten vor Ort ihre Expertise zu Fakten und Konzepten zur flächendeckenden Notfall- und Akutversorgung sowie zu den medizinischen Rahmenbedingungen und Versorgungsstrategien in Bayern ein. Von Prof. Dr. Christian Höftberger, Präsident der

Hessischen Krankenhausgesellschaft, der über die Notwendigkeit von Kooperationen sprach, über Roland Engehausen, Bayerische Krankenhausgesellschaft, der über den Stand der Umsetzung des 7-Punkte-Plans in Bayern aus Sicht der Krankenhausgesellschaft berichtete, Prof. Lackner, der über die medizinischen Rahmenbedingungen für die flächendeckende klinische Notfall- und Akutversorgung referierte bis hin zu PD Prückner (Rettungsdienst und Zielkliniken | Prozesszeiten und Versorgungsstrategien in Bayern) und Juristen von PwC, welche Verbünde als Zukunft für die intersektorale Notfallversorgung in den Fokus genommen haben.



Landrat Dr. Christian von Dobschütz, Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim (links), mit Landrat Peter von der Grün, Neuburg-Schrobenhausen



Landrätin Andrea Jochner-Weiß, Weilheim-Schongau, mit Landrat Elmar Stegmann, Lindau (Bodensee)



*1. Reihe v.l.: Landrat Wilhelm Schneider, Haßberge, und Landrat Thomas Karmasin, Fürstentfeldbruck, Präsident des Bayerischen Landkreistags
2. Reihe in der Mitte: Landrätin Tanja Schweiger, Regensburg, mit Landrat Franz Löffler, Cham*



Die Teilnehmer während der Tagung



Er bringt es zum Laufen: Landrat Alexander Anetsberger, Eichstätt



Der Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag, Landrat Thomas Eichinger, Landsberg a. Lech, moderierte die Tagung.



Vorne im Bild: Landrat Werner Bumeder, Dingolfing-Landau



Dr. Klaus Schulenburg, Referent für Soziales, Gesundheit, Krankenhauswesen beim Bayerischen Landkreistags mit den Teilnehmern im Biergarten.



V.l.: Landrat Michael Fahmüller, Rottal-Inn, Landrat Erwin Schneider, Altötting, Landrat Dr. Jürgen Ludwig, Ansbach, Landrat Roland Grillmeier, Tirschenreuth, und Landrat Stefan Frey, Starnberg

Dr. Klaus Schulenburg mit Geschäftsführerin Andrea Degl, Bayerischer Landkreistag, Roland Engehausen, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, PD Dr. Stephan Prückner, Prof. Dr. Christian Höftberger, Präsident der Hessischen Krankenhausgesellschaft, und Prof. Dr. med. Christian K. Lackner



Die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention Judith Gerlach, MdL

Die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention Judith Gerlach, MdL, mit dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags Thomas Karmasin



Tag der Kommunen auf der IAA MOBILITY 2025: Landkreise als Schlüsselakteure zwischen ÖPNV, Digitalisierung und Auto

Die IAA MOBILITY ist längst mehr als eine reine Automesse – sie ist eine Plattform für den Dialog über zukunftsfähige Mobilitätslösungen. Beim „Tag der Kommunen“ am Stand des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr wurde am 11. September genau dieser Dialog gelebt. Zahlreiche Landräte, Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Verkehrsfachleute und Bürgerinnen und Bürger diskutierten gemeinsam mit Verkehrsminister Christian Bernreiter über die Mobilitätsbedürfnisse im ländlichen wie im städtischen Raum.

„Es reicht nicht, einfach nur Straßen zu bauen oder Schienen zu verlegen. Moderne Mobilität braucht ganzheitliche Konzepte – und dafür brauchen wir kreative Kommunen. Der heutige Tag zeigt, dass wir sie in Bayern haben“, so Staatsminister Christian Bernreiter.

Landräte gestalten Mobilität – vor Ort, nah an den Menschen

Landräte sind zentrale Akteure, wenn es darum geht, Mobilitätslösungen in den bayerischen Landkreisen umzusetzen. Sie kennen die Bedürfnisse vor Ort, stehen im direkten Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern und wissen: Der eine große Wurf funktioniert nicht – Mobilität muss lokal gedacht werden.

Viele von ihnen nutzten die IAA MOBILITY, um ihre Erfahrungen zu teilen, Herausforderungen offen anzusprechen und innovative Beispiele zu präsentieren.

V.l. nach hinten: Landrat Bernhard Kern, Berchtesgadener Land, Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag, Sarah Honold, Pressesprecherin Bayerischer Landkreistag, Landrat Franz Löffler, Cham, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag, Landrat Dr. Ronny Raith, Regen; rechts im Bild: Landrat Alexander Anetsberger, Eichstätt



Best Practice: Fürstentfeldbruck – Spitzenreiter bei Haltestellen-Erreichbarkeit

Ein echtes Highlight war die Präsentation des Landkreises Fürstentfeldbruck. Mit einer Erreichbarkeit von 99 % aller Haltestellen belegt der Landkreis den ersten Platz unter allen deutschen Landkreisen im Jahr 2023. Dahinter steckt keine Zufallsentwicklung, sondern konsequente Planung, durchdachte Verkehrsvernetzung und Mut zur Innovation.

Besonderer Fokus liegt auf:

- ✓ Multimodalität und Anbindung an den MVV
- ✓ Digitalisierung im Nahverkehr
- ✓ Integration von On-Demand-Verkehren
- ✓ Förderung von Elektromobilität

Ländlicher Raum: Das Auto bleibt ein zentraler Bestandteil der Mobilität

So wichtig der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist – gerade im ländlichen Raum bleibt das Auto unverzichtbar. Viele Orte sind weiterhin nur schwer oder gar nicht mit Bahn oder Bus erreichbar. Ein günstiges Ticket hilft wenig, wenn kein Bus fährt – Planbarkeit und Verlässlichkeit sind hier entscheidend.

Deshalb gilt: Es darf kein Gegeneinander zwischen Auto und ÖPNV geben. Beide Verkehrsmittel müssen zusammengedacht werden. Gerade im ländlichen Raum ist es oft der Mix aus Auto, ÖPNV und neuen Mobilitätsdiensten, der den Alltag der Menschen erleichtert.

Millioneninvestitionen für moderne Mobilität – auch außerhalb der Städte

Bayerns Landkreise und der Freistaat investieren Millionenbeträge in moderne Mobilitätslösungen. Neue Buslinien, digitale Fahrpläne, On-Demand-Dienste oder die Integration von Carsharing-Angeboten – all das erfordert nicht nur Engagement, sondern auch klare Rahmenbedingungen und eine gesicherte Finanzierung.

- ✓ ÖPNV ist Daseinsvorsorge, nicht nur in den Städten.
- ✓ Verlässlichkeit, Stabilität und Erreichbarkeit sind unverzichtbar.
- ✓ Zukunftsfähige Mobilität gelingt nur im Zusammenspiel von Land, Kommunen und der Wirtschaft.



Fazit: Mobilität für alle – in Stadt und Land

Der „Tag der Kommunen“ auf der IAA MOBILITY hat deutlich gemacht: Moderne Mobilität ist mehr als Technik – sie ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Die Landkreise in Bayern gehen mutig voran, mit kreativen Ideen und konkreten Maßnahmen.

Die Politik muss sie dabei unterstützen – mit verlässlicher Finanzierung, rechtlichen Spielräumen und partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Nur so gelingt es, Mobilität für alle Menschen, überall in Bayern, zu gewährleisten – ob mit Bus, Bahn, Rad oder Auto.

Über 100 Mobilitätsprojekte aus bayerischen Kommunen finden sich hier: www.wir-bewegen.bayern.de



V.l.n.r.: Landrat Franz Löffler, Cham, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag, Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag, Staatsminister Christian Bernreiter, Landrat Bernhard Kern, Berchtesgadener Land, Sarah Honold, Pressesprecherin Bayerischer Landkreistag, Landrat Alexander Anetsberger, Eichstätt

Bayerischer Landkreistag zur Einigung der Verkehrsminister über die Finanzierung des Deutschlandtickets: Licht und Schatten

Die Einigung der Verkehrsminister zur weiteren Finanzierung des Deutschlandtickets sieht der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstfeldbruck mit gemischten Gefühlen: „Die Finanzierung des Deutschlandtickets war von Anfang eine Hängepartie mit vielen Unwägbarkeiten. Die nun von den Verkehrsministern erzielte Einigung ist jedenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Jetzt herrscht fürs Erste Klarheit für Fahrgäste, Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträger, wie es weitergehen soll.“

Danach sind die Länder bereit, das Deutschlandticket bis 2030 mit jährlich 1,5 Mrd. € weiterzufinanzieren, wenn der Bund sich ebenfalls mit 1,5 Mrd. pro Jahr beteiligt. Der Preis für das Deutschlandticket soll zum 01.01.2026 um 5 € auf 63 € pro Monat angehoben werden. Ab 2027 soll der Preis des Deutschlandtickets anhand eines noch zu entwickelnden Kostenindex fortgeschrieben werden.

„Die Zukunft des Deutschlandtickets steht und fällt mit einer sauberen Finanzierung durch Bund und Länder. Daher gilt es, an dieser Stelle den Kurs zu halten“, so Landrat Franz Löffler, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag. „Vom Bund, der das Deutschlandticket haben wollte, haben wir mehr Geld und ein viel deutlicheres Zeichen der Verbindlichkeit erwartet. Dass es immer noch einen Fehlbetrag in dreistelliger Millionenhöhe gibt und der Bund seinen Finanzierungsbeitrag bislang auf das Jahr 2026 beschränkt, ist aus kommunaler Sicht sehr ärgerlich“, so Löffler weiter.

Schätzungen zufolge liegt der Finanzierungsbedarf für das Deutschlandticket im Jahr 2026 bei 3,8 Mrd. €. Damit schließt die Preiserhöhung, für die 500 Mio. an Mehreinnahmen erwartet werden, die bestehende Finanzierungslücke nicht. Den offenen Fehlbetrag von 300 Mio. € sollen die Verkehrsunternehmen durch Optimierungspotenziale wie Effizienzgewinne und Kostenreduktionen schließen.

„Die getroffene Einigung fußt auf verschiedenen Annahmen und Prognosen. Wie entwickeln sich die Personal- und Energiekosten? Wie entwickeln sich die Fahrgastzahlen und wie reagieren die Abonnenten auf die Preiserhöhung? Alles ungewiss. Trotz Einigung liegt das finanzielle Risiko für die Fortführung des Deutschlandtickets damit immer noch bei den Landkreisen“, so Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags.

Denn aktuell schreiben die Landkreise den Verkehrsunternehmen auf freiwilliger Basis vor, das Deutschlandticket als gültigen Fahrschein zu akzeptieren. Nach dem Prinzip „Wer anschafft, zahlt!“ sind die Landkreise gegenüber den Verkehrsunternehmen damit aber auch voll ausgleichspflichtig, wenn diese wegen des Deutschlandtickets geringere Fahrgeldeinnahmen erzielen. Zwar gewährt der Freistaat den Landkreisen hierfür einen Ausgleich in Form von Billigkeitsleistungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Einen Rechtsanspruch hierauf haben die Landkreise jedoch nicht.

Das finanzielle Risiko, etwa durch steigende Energie-, Personal- und Investitionskosten oder eine rückläufige Nachfrage nach dem Deutschlandticket, tragen damit künftig weiterhin die Landkreise als ÖPNV-Aufgabenträger.

„Damit liegt der Ball beim Freistaat“, so Präsident Karmasin.

„Die kommunalen Haushalte schreiben Rekorddefizite. Wenn der Freistaat die kommunalen Finanznöte ernst nimmt, dann geht er den beim Deutschlandticket nun eingeschlagenen Weg zu Ende und setzt das Ticket selbst für den gesamten Freistaat als verbindlichen Tarif fest. Er wäre damit selbst zum Ausgleich von Mindereinnahmen verpflichtet und würde die Landkreise von ihrem Defizitrisiko befreien. Die Möglichkeit dazu gibt die Rechtslage in Bayern jetzt schon her“, Präsident Karmasin abschließend.



Initiative der Landtagsfraktionen von CSU, FREIEN WÄHLERN und Bündnis 90/DIE GRÜNEN für ein finanzierbares und pädagogisch wirksames Schulbegleitermodell durch Pooling

Der Bayerische Landkreistag begrüßt die Initiative der drei Fraktionen im Bayerischen Landtag, die sich für eine Reform des § 112 SGB IX und die Einführung eines Schulbegleitermodells nach dem Pooling-Prinzip stark machen. Die Zusammenfassung individueller Leistungen in den Sozialgesetzbüchern zu pauschalierten Unterstützungsleistungen wie dem Pooling ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, dazu: „Das Pooling-Modell bietet die Möglichkeit, Schulbegleitungen wirksam einzusetzen. Der Bayerische Landkreistag sieht hierin eine Chance, die Inklusion in unseren Schulen zu fördern und gleichzeitig die finanziellen Belastungen für die Kommunen zu reduzieren. Angesichts der erheblichen strukturellen Schieflage der Kommunalfinanzen und der unaufhörlich steigenden Fallzahlen und Kosten ist eine Reform der bisherigen Regelungen dringend notwendig.“

Die Aufgaben und Standards in der Sozialgesetzgebung müssen auf den Prüfstand. Die Kommunen müssen sich wieder stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Anstelle von sozialgesetzlichen Individualansprüchen mit hohem Bürokratieaufwand für alle Beteiligten sind sinnvolle Pauschalierungen notwendig. Der Bund ist gefordert, die gesetzlichen Standards, insbesondere im sozialen Bereich, zu überprüfen und anzupassen. Viele bestehende Regelungen bringen keinen Mehrwert. Alles, was sich in der Schule abspielt, muss darüber hinaus durch die Schule einheitlich organisiert und sichergestellt werden“, so Karmasin weiter.

„Die Reformanstrengungen des Bundesteilhabegesetzes müssen dringend vorangetrieben werden. Statt über die Sozialleistungsgesetze mit hohem Bürokratieaufwand Inklusion in der Schule zu realisieren, müssen die Schulen endlich selbst ihrer Verantwortung gerecht werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Inklusion an unseren Schulen gelingt und die Kommunen handlungsfähig bleiben. Der Bayerische Landkreistag steht hinter den Forderungen nach einem Schulbegleitermodell durch Pooling und einem Abbau überflüssiger sozialer Standards und wird sich weiterhin für diese Anliegen stark machen“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags.

Der Anstieg der Ausgaben für die Eingliederungshilfe in Bayern von über 750 Millionen Euro allein von 2020 bis 2023 verdeutlicht den Handlungsbedarf. Die gesetzlichen Vorgaben des Bundesteilhabegesetzes haben zu einem Anstieg des bürokratischen Aufwands geführt, ohne dass ein unmittelbarer Nutzen für die Betroffenen erkennbar ist. Der Bayerische Landkreistag fordert eine dringende Überprüfung dieser Vorgaben.

EU-Praxis-Check in Augsburg: Zwischen Bürokratie und Biodiversität Bayerische Landkreise gegen EU-Wiederherstellungsverordnung

Auf Einladung von MdL Walter Nussel, Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung und Michael Hager, Kabinettschef des EU-Kommissars für Wirtschaftlichkeit und Produktivität Valdis Dombrovskis, fand in der IHK Schwaben am 11. und 12. September 2025 ein EU-Praxis-Check statt. Im Fokus war dabei die am 18. August 2024 in Kraft getretene Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (EU) 2024/1991.

Die Verordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur festzulegen und umzusetzen, um Lebensraumtypen, Artenhabitate und bestimmte Ökosysteme zu verbessern. Die Verordnung verfolgt damit unterstützenswerte Ziele, wurde jedoch ohne Einbeziehung der Praxis entwickelt und lässt Finanzierungsfragen unbeantwortet. Ziel des EU-Praxis-Checks war es deswegen, bürokratische Hürden

sichtbar zu machen, praktische Probleme zu diskutieren und Verbesserungsvorschläge direkt an die EU-Kommission heranzutragen.

Thomas Habermann: Stimme aus der Praxis

Eine der zentralen Stimmen war Landrat Thomas Habermann, Rhön-Grabfeld, der die Interessen aller deutschen Landkreise auch als Mitglied im Ausschuss der Regionen (AdR) vertritt. Der AdR kämpft für eine Berücksichtigung der Anliegen der kommunalen Ebene in der EU-Politik. Seine Botschaft war klar: „Das Scheitern der EU-Wiederherstellungsverordnung in ihrer vorliegenden Form ist vorprogrammiert. Damit geraten auch die bisher erreichten Erfolge im Klima- und Naturschutz in Gefahr. Wir brauchen eine möglichst pragmatische und bürokratiearme Umsetzung bestehender Instrumente und keine zusätzliche Bürokratie. Der Bayerische wie auch der Deutsche Landkreistag lehnen die Verordnung in ihrer vorliegenden Form daher ab.“ Habermann hob hervor, dass man in Bayern längst massiv in



V.l.: Eric Beißwenger, MdL, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Walter Nussel, MdL, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für Bürokratieabbau, Michael Hager, Kabinettschef des EU-Kommissars für Wirtschaftlichkeit und Produktivität Valdis Dombrovskis, DG AGRI, Landrat Thomas Habermann, Rhön-Grabfeld, 1. Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags (Foto: Bayerischer Landkreistag)

den Naturschutz investiere – Renaturierung, Aufforstung, Schutzgebiete, Biotopvernetzung. Zusätzliche Monitoring-, Planungs- und Berichtspflichten ohne gesicherte Finanzierung würden weder der Natur noch der Demokratie helfen.

Wiederherstellungsverordnung: Gut gemeint, schlecht gemacht?

Die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur sieht u.a. vor, dass bis 2030 in der gesamten EU auf mindestens 20 % der Land- und Meeresflächen Wiederherstellungsmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Bis 2050 sollen auf 90 % der Flächen mit Natura 2000 Lebensräumen Wiederherstellungsmaßnahmen durchgeführt werden. Die Planungshoheit der Städte und Gemeinden wird durch das Gebot, bis 2030 einen Nettoverlust an Grünfläche gegenüber dem Bezugsjahr 2024 auszuschließen, erheblich eingeschränkt. Bereits die Beschlussfassung auf europäischer Ebene verlief daher äußerst umstritten. Die Verordnung wurde in der

vergangenen Legislatur nur mit denkbar enger Mehrheit verabschiedet.

Bayerische Landkreise: Umweltschutz ja – aber keine neue Bürokratie

Die bayerischen Landkreise bekennen sich klar zu Natur- und Umweltschutz. Sie kritisieren aber, dass die Verordnung über das Ziel hinauschießt – auch weil in Deutschland bereits seit Jahrzehnten effektive Maßnahmen umgesetzt werden. Aus Sicht des Bayerischen Landkreistags ist die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur ein Paradebeispiel für Überregulierung, der an der Realität vor Ort vorbei geht, einen Wust an neuer Bürokratie schafft und dabei die Grenzen des Leistbaren ausblendet. Zusammen mit dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund setzt er sich für die Aufhebung der Verordnung, jedenfalls aber für eine praxisnähere Ausgestaltung ohne aufwendige Berichts- und Kontrollpflichten ein, die zudem die in den letzten Jahrzehnten



V.l.n.r.: Landrat Thomas Habermann, Rhön-Grabfeld, 1. Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Barbara Schretter, Regierungspräsidentin von Schwaben, Jan Ceyssens, stellv. Kabinettschef der EU-Kommissarin für Umwelt, Wasserresilienz und eine wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft Jessica Roswall, Eric Beißwenger, MdL, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Walter Nussel, MdL, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für Bürokratieabbau, Michael Hager, Kabinettschef des EU-Kommissars für Wirtschaftlichkeit und Produktivität Valdis Dombrovskis, DG AGRI, Marc Lucassen, Hauptgeschäftsführer IHK Schwaben, Alexander Hempfing, DG I.D.E.A
(Foto: Bayerischer Landkreistag)

erzielten Erfolge ausreichend berücksichtigt. Statt neuer Verwaltungsaufgaben auf Grundlage ungedeckter Checks sei es wichtig, den bestehenden kooperativen Naturschutz weiter auszubauen und die hierzu erforderliche Finanzierung, u.a. in der Landschaftspflege, auch zukünftig sicherzustellen.

EU-Praxis-Check in Augsburg: EU-Kommission hört zu

Das hochrangig besetzte Treffen in Augsburg ist schon deshalb besonders, weil die EU die bayerische Erfindung des „Praxis-Checks“ aufnimmt. Dies lässt hoffen, dass man die zunehmend fordernden Wünsche aus Deutschland nach weniger Bürokratie ernst nimmt.

Nächste Schritte:

Die Erkenntnisse des EU-Praxis-Checks werden in die nationale Umsetzung sowie weitere Beratungen auf EU-Ebene einfließen. Die Bayerische Staatsregierung, der Bayerische und

der Deutsche Landkreistag bleiben im engen Austausch mit Brüssel – für eine praxisnahe Umsetzung des Natur- und Klimaschutzes, der die kommunale Realität sowie die Grenzen des Leistbaren anerkennt.



*Die Teilnehmer im Austausch mit Michael Hager von der EU-Kommission
(Foto: Bayerischer Landkreistag)*

Bayerischer Landkreistag warnt vor Sanierungsstau und mahnt Reform des Artenschutzrechts an!



Sitzung des Ausschusses für Landesentwicklung und Umwelt

Am 18. Juli tauschten sich die Mitglieder des Ausschusses für Landesentwicklung und Umwelt beim Bayerischen Landkreistag im Landkreis Garmisch-Partenkirchen mit dem Bayerischen Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, MdL, aus. Im Fokus standen zentrale Themen, die die Zukunft der bayerischen Umweltpolitik und die finanziellen Herausforderungen der Kommunen betreffen.

Bürokratieabbau im Umweltbereich

Angesichts der alarmierenden finanziellen Situation der bayerischen Landkreise, die im Jahr 2023 ein Defizit von 2,5 Milliarden Euro und im Jahr 2024 von 5,4 Milliarden Euro erreichen, ist der Abbau von Bürokratie dringend erforderlich. Der Ausschuss hat mehrere Vorschläge zur Entbürokratisierung im Umweltbereich erarbeitet, die im Dialog mit Staatsminister Glauber zur Reduzierung unnötiger Vorschriften sowie zur Stärkung der kommunalen Gestaltungsspielräume diskutiert wurden.

Artenschutz

Ein wichtiger Diskussionspunkt war der Artenschutz. Der Ausschuss fordert die Einführung eines populationsbezogenen Artenschutzes sowie eine Beschleunigung artenschutzrechtlicher Ausgleichsmaßnahmen, um bei wichtigen Infrastrukturmaßnahmen in Bayern und Deutschland voranzukommen. Hierzu müssen gemeinsam mit dem Bund und der europäischen Kommission Wege gefunden werden, das Artenschutzrecht unbürokratischer und vor allem schneller auszugestalten. Der Bayerische Umweltminister stimmt dem zu. Man vereinbarte, weiterhin im engen Austausch zu bleiben.

Alttextilsammlung und Duales System

Intensiv diskutiert wurde die zukünftige Ausrichtung der Abfallwirtschaft. Spätestens seit der Einführung der Getrenntsammlungspflicht für Textilabfälle Anfang 2025 steht das bestehende System vor großen Herausforderungen. Auch andere Bereiche bereiten zunehmend Probleme. Um Redundanzen und unnötige bürokratische Hürden abzubauen, kommt es entscheidend auf die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Staatsministerium an. Insbesondere beim Dauerstreitthema „Duales System“ wurde der Bayerische Umweltminister um mehr Unterstützung in Bezug auf die Reformbemühungen auf Bundes- und EU-Ebene gebeten.

Landschaftspflege und Klimaschutz

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung betraf die zukünftige Finanzierung der Landschaftspflege, Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Der Ausschuss hat die Staatsregierung aufgefordert, die Mittel für die Landschaftspflege aufzustocken und eine langfristige Strategie zur Finanzierung des Klimaschutzes zu entwickeln.



V.l.: Die Ausschussvorsitzende Landrätin Maria Rita Zinnecker und mit dem Bayerischen Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, MdL



Intensiv diskutiert wurde während der Sitzung des Ausschusses für Landesentwicklung und Umwelt.



Wie gelingt die Reform des Sozialstaats?

Von Dr. Irene Vorholz, Deutscher Landkreistag

Die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehene Kommission zur Sozialstaatsreform hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll – beschränkt auf steuerfinanzierte Leistungen – bis zum Jahresende 2025 Empfehlungen zur Modernisierung und Entbürokratisierung sozialstaatlicher Strukturen erarbeiten. Der Deutsche Landkreistag ist Mitglied der Kommission und drängt darauf, dass nicht nur verwaltungspraktische Verbesserungen, sondern auch eine grundlegende Neubestimmung des Sozialstaats erarbeitet wird. Dazu gehört auch die Debatte über Standards und Finanzierbarkeit.

Der deutsche Sozialstaat bietet ein ausdifferenziertes Angebot an Unterstützung für teils unterschiedliche, teils ähnliche Bedarfe und Personengruppen in verschiedenen Lebenssituationen: Bürgergeld, Sozialhilfe, Leistungen für Asylbewerber, Wohngeld, BAföG, um nur die wichtigsten der steuerfinanzierten Leistungen zu nennen. Allein diese Leistungen umfassen ein Volumen von über 90 Mrd. € im Jahr für ca. 13 Mio. Menschen.

Gleichwohl begegnet das System grundlegender Kritik: Die hohe Komplexität, die Bürokratie und die wechselseitigen Abhängigkeiten haben ein kaum noch überschaubares Maß angenommen. Zugleich nimmt der große Fach- und Arbeitskräftemangel im gesamten Bereich der sozialen Arbeit sowie der öffentlichen Verwaltung zu. Parallel sind die öffentlichen Finanzen so dramatisch schlecht wie noch nie: Landkreise, Städte und Gemeinden hatten im letzten Jahr ein Defizit von historischen 24,3 Mrd. €. Die Sozialausgaben sind hier eine Hauptursache.

Es ist mittlerweile allseits erkannt, dass der Sozialstaat so nicht aufrecht zu erhalten sein wird. Das Sozialsystem muss vereinfacht und effektiver ausgestaltet werden. Dabei ist es mit Änderungen innerhalb der einzelnen Leistungen nicht getan. Vielmehr ist eine grundlegende Neuausrichtung des Sozialstaates erforderlich. Denn systemübergreifend gibt es keine einfachen Wege, Komplexität zu reduzieren, ohne dass es zu Verwerfungen kommt. Die zurecht gescheiterte Kindergrundsicherung hat dies anschaulich gezeigt.

Sozialstaatskommission

Die Bundesregierung hat eine Kommission zur Sozialstaatsreform unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) eingesetzt, die am 1.9.2025 ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie soll – beschränkt auf steuerfinanzierte Sozialleistungen – bis zum Jahresende 2025 Empfehlungen erarbeiten, wie

u. a. eine massive Rechtsvereinfachung, ein rascherer Vollzug, erhöhte Transparenz, die Vereinheitlichung des Einkommensbegriffs und die Zusammenlegung von Sozialleistungen erreicht werden können. Das „soziale Schutzniveau“ will die Regierungskoalition beibehalten.

Mitglieder der Sozialstaatskommission sind neun Bundesressorts, fünf Länder – Bayern als Vorsitzland der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK), Hamburg und Nordrhein-Westfalen als (Co-)Federführer der ASMK-Zukunftsinitiative „Sicherung der Zukunfts- und Funktionsfähigkeit des Sozialstaates“ sowie Sachsen und Niedersachsen als (Co-)Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz – und die drei kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene.

In der Auftaktsitzung wurde das „Ob“ des Reformbedarfs allseits bekräftigt. Unterschiedliche Ansätze zeigten sich beim „Wie“ (Vereinfachung und verbesserte Effizienz oder auch Einsparungen? Zentralisierung oder Dezentralisierung?). Der Deutsche Landkreistag (DLT) bringt die im Folgenden dargestellten kommunalen Leitplanken und Änderungsbedarfe ein und spricht sich für eine Debatte auch über Standards und Finanzierbarkeit aus.

Kommunale Leitplanken

1. Sozialleistungen müssen die Menschen befähigen, ihr **Leben selbst zu meistern**. Es bedarf einer Klärung, was die Solidargemeinschaft leisten soll und was zur Eigenverantwortung jedes Einzelnen gehört.
2. Sozialleistungen müssen so gestaltet und bemessen sein, dass sich **Erwerbsarbeit lohnt**. Bei erwerbstätigen Menschen sollte die Forderung über Steuerfreibeträge erfolgen.
3. Sozialleistungen sind auf **bedürftige Menschen** zu konzentrieren. Bürger mit (sehr) guten Einkommen oder Vermögen sollten nicht durch steuerfinanzierte Sozialleistungen gefördert werden.

4. Bund und Länder dürfen keine Gesetze erlassen, die mangels **Personals** nicht umgesetzt werden können. Zugleich muss im Gesetzgebungsverfahren ausreichend Zeit für die Prüfung der Gesetzentwürfe durch die Praxis eingeräumt werden. Nur so kann gesichert werden, dass die Vorschriften anwendungssystematisch durchdacht sind.
5. **Entbürokratisierung, Aufgabenkritik** und **Standardabbau** sind der Dreh- und Angelpunkt für den zielgerechteren Einsatz der Mittel und die Entlastung der Verwaltung. Dokumentationsaufwände und **Berichtspflichten** müssen insgesamt reduziert werden.
6. Das Prinzip der **Einzelfallgerechtigkeit** kann nicht immer und überall erfüllt werden. Der individuelle Bedarfsdeckungsgrundsatz muss zurückgeführt werden. Stattdessen sind **Budgets** und institutionelle Förderung zu stärken.
7. Soweit möglich und sinnvoll, sollten Geldleistungen pauschaliert erbracht werden. Von **einmaligen Leistungen** sollte nach Möglichkeit abgesehen werden.
8. Sinnvoll wäre die **Zerlegung des Einkommensbegriffs** in allen Sozialgesetzbüchern in trennscharfe Bausteine und die Hinterlegung der Daten für diese Bausteine auf einer intermediären Datenplattform, auf die alle Leistungsträger zugreifen können.
9. Sozialleistungen müssen so gestaltet werden, dass **keine Schnittstellen und Parallelen** zu anderen Leistungen entstehen. Zur Deckung eines bestimmten Bedarfs sollte nur eine Hilfe in Betracht kommen. Eine parallele Zuständigkeit von Behörden sollte ausgeschlossen sein.
10. Inwieweit **Transferleistungssysteme reduziert** werden können, ohne dass neue Schnittstellen und Doppelstrukturen entstehen, muss sorgfältig geprüft werden. Der Kinderzuschlag z.B. sollte gestrichen werden. Die Familien erhalten dann Bürgergeld oder können stärker steuerlich gefördert werden. Die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sollten zusammengeführt werden.
11. Das Leistungsrecht muss soweit wie möglich **automatisiert** und soweit sinnvoll auch unter Einbeziehung von KI umgesetzt werden können. Zugleich ist vielfach eine persönliche und individuell **passgenaue Beratung und Unterstützung** erforderlich. Hierfür bietet sich eine **kommunale Verankerung** an.

Reformbedarfe im Einzelnen

Auch innerhalb der einzelnen Leistungen gibt es große Änderungsbedarfe. Da die Bundesregierung neben der Sozialstaatskommission mehrere weitere Kommissionen eingesetzt hat, muss eine Verzahnung gelingen.

Eingliederungshilfe

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen ist mit jährlich über 25 Mrd. € einer der größten Ausgabeposten der kommunalen Sozialhaushalte. Zwischen 2018 und 2023 sind die Nettoausgaben um mehr als 40 % gestiegen.

Bund und Länder sind aufgefordert, Wege zu finden, die enormen Ausgabensteigerungen in der Eingliederungshilfe in den Griff zu bekommen und die kommunalen Kosten vollständig zu kompensieren.¹ Die vorrangigen Systeme müssen ihrer Verantwortung nachkommen. Das sind die Pflegekassen bei pflegebedürftigen behinderten Menschen, die in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe leben, und die Schulen bei der Unterstützung behinderter Kinder und Jugendlicher im Unterricht. Zugleich hat das Bundesteilhabegesetz den Aufwand stark erhöht, ohne dass dem ein unmittelbarer Nutzen für die leistungsberechtigten Menschen gegenüberstünde. Die gesetzliche Vorgabe, dass ohne Beteiligung der Träger der Eingliederungshilfe vereinbarte Tarifsteigerungen von der Eingliederungshilfe zu refinanzieren sind, trägt gleichfalls zur Kostensteigerung bei.

Das BMAS hat kürzlich Länder und kommunale Spitzenverbände sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS) zu einem „Dialogprozess Eingliederungshilfe“ eingeladen, um Vereinfachungsmöglichkeiten und Chancen für Bürokratieabbau zu identifizieren. Ziel ist es, bis Sommer 2026 Ergebnisse zu erarbeiten.

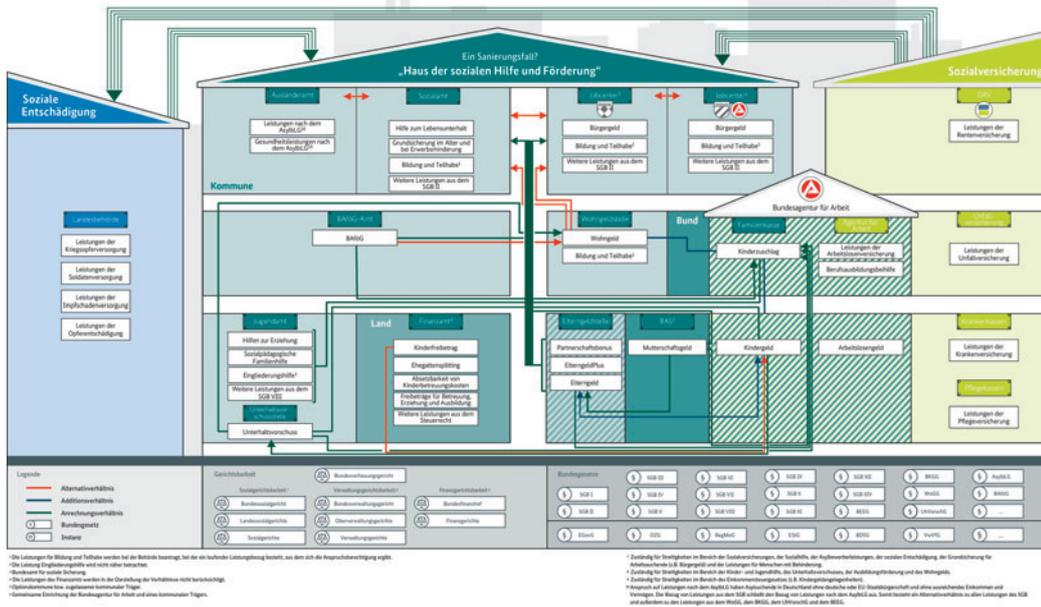
Langzeitpflege

Auch im Bereich der Pflege besteht akuter Reformbedarf. Die pflegerische Versorgung ist schon heute nicht mehr überall sichergestellt. Zugleich ist die finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen im Pflegeheim mit durchschnittlich 3.000 € pro Monat deutlich zu hoch.

Der DLT fordert insbesondere, dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Außerdem müssen Pflegebedürftige finanziell entlastet werden, indem sie z.B. (nur noch) einen nach Bundesländern differenzierten Sockelbetrag übernehmen und darüber hinaus gehende Kosten von den Pflegekassen getragen werden.²

¹ DLT-Positionspapier „Forderungen zur Weiterentwicklung des Bundesteilhabegesetzes“, Download unter https://www.landkreistag.de/images/stories/publikationen/250301_PosPap_Bundesteilhabegesetz.pdf

² DLT-Positionspapier „Mutige Richtungsentscheidungen in der Pflege treffen“, Download unter https://www.landkreistag.de/images/stories/publikationen/230927_PosPapier_Richtungsentscheidungen_Pflege.pdf



Haus der sozialen Hilfe und Förderung
Nationaler Normenkontrollrat (NKR)



Im Juli 2025 hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zukunftspakt Pflege“ unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände mit ihrer Arbeit begonnen. Ihre beiden Fach-Arbeitsgruppen „Versorgung“ und „Finanzen“ tagen fast wöchentlich. Ziel ist es, noch im Jahr 2025 die Grundlagen für eine Pflegereform zu erarbeiten

Bürgergeld

Die Regierungskoalition hat des Weiteren eine Bürgergeld-Reform verabredet. Die vorgesehene Straffung der Mitwirkungspflichten entspricht einer Forderung des DLT, weil sie die Motivation zur Arbeitsaufnahme stärken kann. Der Schwerpunkt liegt auf den Sanktionen, die schneller, einfacher und unbürokratischer durchgesetzt werden sollen. Bei Menschen, die arbeiten können und wiederholt zumutbare Arbeit verweigern, ist ein vollständiger Leistungsentzug vorgesehen. Auch dies ist richtig.

Was fehlt, ist die Abschaffung der Karenzzeit bei den Unterkunftskosten. Derzeit werden in den ersten ein- einhalb Jahren des Leistungsbezugs auch unangemessen hohe Mieten vom Jobcenter bezahlt. Zugleich erfordert die Umsetzung auch eine bessere Mittelausstattung der Jobcenter.

Das BMAS hat einen Gesetzentwurf zur Bürgergeld-Reform für den Herbst 2025 angekündigt. Die Sozialstaatskommission will sich darüber hinaus mit der Verbesserung von Erwerbsanreizen befassen.

Rente

Eine weitere große Baustelle ist schließlich die Rente. Dass der Bund das Rentenniveau bis zum Jahr 2031 auf 48 % festschreiben will, führt zu milliardenschweren Mehrausgaben. Zugleich will er die Mütterrente, eine systemfremde Leistung der Rentenversicherung, ausweiten.

Erforderlich ist dagegen ein generationengerechtes und bezahlbares System. Dazu sollte die Altersgrenze für die Regelaltersrente an den statistisch erfassten Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung um ein Drittel angepasst werden. Dies sollte freilich nicht für Personen gelten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sind, länger zu arbeiten.

Ausblick

Die Sozialstaatskommission hat bis zum Jahresende 2025 fast 20 Termine angesetzt. Im September und Oktober sind Stakeholder-Gespräche mit Sozial- und Wirtschaftsverbänden und Leistungsträgern sowie Fachgespräche mit Experten verabredet. Im Januar 2026 soll ein Abschlussbericht vorgelegt werden.

Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ist die Herausforderung sehr groß. Der DLT fordert eine ehrliche Diskussion über die Neuausrichtung des Sozialstaates. Gerade die Schwachen brauchen ein starkes soziales Netz. Dafür treten die Landkreise ein. Auf der anderen Seite brauchen die öffentlichen Haushalte dringend eine Phase der Konsolidierung und eine Debatte auch über unbequeme Einsparungen, um das System zukunftsfest zu machen – für den Staat, für die Kommunen, vor allem aber für die Menschen vor Ort.

DIE BÜROGEMEINSCHAFT: Starke Kommunen. Starkes Europa. Starke Gemeinschaft.



Brüssel, 18. August 2025

Kreislaufwirtschaft als kommunale Zukunftsaufgabe

Grundsatzpositionierung der bayerischen und baden-württembergischen kommunalen Spitzen- und Landesverbände¹

Die kommunale Ebene und insbesondere die Landkreise und (kreisfreien) Städte und ihre öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sichern seit Jahrzehnten eine verlässliche, nachhaltige und sozialverträgliche Abfallverwertung und -beseitigung. Das bewährte System der kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland muss auch in einem fortentwickelten europäischen Binnenmarkt eine tragende Rolle spielen. Die Erfahrungen in Deutschland zeigen: Privatwirtschaftliche oder geteilte Zuständigkeiten führen zu höheren Kosten, Intransparenz und mehr Bürokratie. Das „Geschäft mit Abfall“ lässt die zugrundeliegenden ökologischen Ziele häufig in den Hintergrund treten.

Kreislaufwirtschaft ist zugleich ein zentrales europäisches Zukunftsthema. Der Deal für eine saubere Industrie und die Binnenmarktstrategie nehmen Bezug auf weitere Legislativverfahren, u. a. zur Änderung der Abfallrahmenrichtlinie, zur Harmonisierung der erweiterten Herstellerverantwortung sowie zu Produktpässen und harmonisierten Kennzeichnungspflichten. Die kommunale Ebene ist bereit, diese Bestrebungen aktiv zu unterstützen. Hierzu ist es erforderlich, dass die europäischen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass es in Anerkennung des Subsidiaritätsgrundsatzes Sache der Mitgliedstaaten bleibt, wie die Sammelzuständigkeit innerstaatlich organisiert wird. Ressourcenschonung, Abfallvermeidung, Wiederverwendung und eine kommunale Recyclingwirtschaft können so effektiv und wirtschaftlich fortentwickelt werden.

Im Kontext des von der EU-Kommission angekündigten neuen Gesetzes zur Kreislaufwirtschaft für 2026 fordern wir deshalb:

„Low hanging fruits“ wie Deponierungsverbot von Siedlungsabfällen nutzen

Im Deal für eine saubere Industrie werden die klimapolitischen Ziele in Ansehung einer geänderten weltpolitischen Lage ergänzend bewertet. Mehr als zuvor gilt es, vor allem gering investive und schnell wirksame Maßnahmen zu nutzen, um die Klimaziele zu erreichen. Durch ein zeitnahes Deponierungsverbot von Siedlungsabfällen könnten europaweit rund 190 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente eingespart werden.² Das

¹ Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Bezirkstag; Gemeindetag Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg, Landkreistag Baden-Württemberg.

² Quelle: Umweltbundesamt, Klimarelevanz der Abfallwirtschaft 2011, S. 5;
<https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/4061.pdf>.

DIE BÜROGEMEINSCHAFT: Starke Kommunen. Starkes Europa. Starke Gemeinschaft.



in vielen Mitgliedstaaten auf Müllkippen und Deponien entstehende Methan ist bis zu 86-mal klimaschädlicher als CO₂³. Solange und soweit die auf Produktebene langfristig angestrebte vollständige Recyclingfähigkeit nicht erreicht ist, sollten thermische Verwertungsanlagen als systemrelevante und grundlastfähige Energieerzeuger im Rahmen der bestehenden Abfallhierarchie anerkannt und genutzt werden.

Thermische Abfallbehandlung als strategische Schlüsselressource der europäischen Kreislaufwirtschaft

Ihre Einbeziehung in das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) hätte nicht die intendierte ökologische Lenkungswirkung. Höhere Abfallbehandlungsgebühren gingen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und führten im Ergebnis zu einer Verlagerung der Abfälle ins außereuropäische Ausland mit deutlich geringeren Umweltauforderungen. Thermische Behandlungsanlagen sollten unseres Erachtens nicht nur in energiepolitischer Hinsicht als strategische Schlüsselemente erachtet werden. Als Recyclinganlagen helfen sie auch, kritische Rohstoffe wie Kupfer, Calcium-Sulfat und Phosphatfällmittel zurückzugewinnen. Initiativen zur CO₂-Abscheidung und -Nutzung müssen europäisch unterstützt und rechtssicher ausgestaltet werden.

Herstellerverantwortung bedeutet nicht Sammelzuständigkeit

Echte Herstellerverantwortung ist unerlässlich: Produkthersteller müssen verpflichtet werden, sich umfassend finanziell an den Kosten für Sammlung, Recycling und Entsorgung der von ihnen in Verkehr gebrachten Produkte zu beteiligen. Verantwortung bedeutet dabei nicht Sammelzuständigkeit. Die Entscheidung hierüber muss Sache des Mitgliedstaats bleiben. Die Erfahrungen mit den diesbezüglich bestehenden Systemen in Deutschland zeigen, dass das „Geschäft mit dem Abfall“ im Widerspruch zu den ökologischen Zielen gerät, und zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher ineffizient und intransparent ist. Das Duale System in Deutschland, ein System geteilter Sammelverantwortung, etwa hat sich in seiner bestehenden Form nicht bewährt – es sorgt für immensen Vollzugsaufwand und wirtschaftliche Ausfallrisiken bei den Landkreisen und (kreisfreien) Städten und darf nicht Vorbild für europäische Entwicklungen sein. Eine weitere Fragmentierung der Sammelzuständigkeit lehnen wir ausdrücklich ab. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger verfolgen kein originäres eigenwirtschaftliches Interesse. Sie sollten als Garant resilienter Strukturen europaweit gestärkt werden. Insbesondere in der Kreislaufwirtschaft und bei der Sammlung und Steuerung von Abfallströmen muss ihnen Vorrang vor rein privatwirtschaftlichen Gewinnerzielungsinteressen zugestanden werden können.

Kurzum: Die Zuständigkeit für sämtliche wertstoffhaltigen Abfälle muss bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern liegen dürfen. Durchbrechungen dieses Grundsatzes führen zu ineffizienten und teuren Parallelstrukturen sowie zum Ausnutzen des Systems zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger. In der Abfallrahmenrichtlinie sollte vor diesem Hintergrund klargestellt werden, dass sich der Begriff „Herstellerverantwortung“ europarechtlich lediglich auf die finanzielle Verantwortung beschränkt und den operativen Aspekt der Ausgestaltung der Mitgliedstaaten überantwortet. Der europäische Gesetzgeber ist aufgefordert, unter Berücksichtigung der Prinzipien von Subsidiarität und kommunaler Selbstverantwortung von einer inhaltlichen Regelung der Sammelzuständigkeiten vollständig Abstand zu nehmen.

³ Quelle: Gunnar Myhre, Drew Shindell, Anthropogenic and Natural Radiative Forcing, in: Climate Change 2013 Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, S.56, https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/WG1AR5_Chapter08_FINAL.pdf#page=56.

Klare und verbindliche Standards für Produktgestaltung

Ressourcenschonung und Abfallvermeidung müssen bei der Produktentwicklung beginnen. Produkte müssen europaweit langlebig, reparaturfreundlich und recyclingfähig gestaltet werden. Wir begrüßen, dass die EU erste Schritte in Richtung eines Rechts auf Reparatur und eines Ökodesigns für nachhaltige Produkte eingeleitet hat. Diese Initiativen müssen zügig umgesetzt und auf weitere Produktgruppen ausgedehnt werden. Zur Verwirklichung eines Binnenmarkts für Abfälle empfehlen wir, aus den Erfahrungen der letzten 50 Jahre im Bauproduktensektor zu lernen und von Beginn an, europaweit einheitliche Spielregeln zu definieren. Dazu gehören einheitliche und vollziehbare Schadstoff-Grenzwerte. Beispielsweise fällt auf, dass aufgrund der REACH-Verordnung ein absolutes Handelsverbot für Asbest besteht, obwohl dieser Stoff ubiquitär, beispielsweise gebunden in Granit und in anderen Naturprodukten, vorkommt. Eine geeignete Schadstoffentfrachtung von teilweise belasteten Gewerken muss ohne aufwendige und damit teure Untersuchungen möglich sein. Dies setzt u. a. voraus, dass europaweit einheitliche Vorgaben zur Wiederverwendung leicht asbesthaltiger Baustoffe entwickelt werden, um den unwiederbringlichen Verlust der Baustoffe und zugleich eine Vervielfachung der Entsorgungskosten anlässlich der Renovierungswelle zu verhindern. Probleme wie diese müssen Gegenstand der angekündigten Reform der Kriterien für das Ende von Abfällen und Nebenprodukten sowie zur Schaffung eines stärker harmonisierten, schlankeren Rahmens im Binnenmarkt für Abfälle und Nebenprodukte sein.

Vermeidung von Wegwerfprodukten

Produkte, die aufgrund ihres Designs nicht sinnvoll recycelbar sind oder massive Umweltprobleme verursachen – wie etwa Einweg-E-Zigaretten – müssen europaweit verboten oder durch hohe Umweltafgaben unattraktiv gemacht werden. Hierbei müssen mögliche Schlupflöcher, wie etwa das Umdeklariieren von Einweg- zu Mehrwegprodukten, verhindert werden. Darüber hinaus braucht es klare gesetzliche Vorgaben, um den Anteil von Recyclingmaterialien in neuen Produkten spürbar zu erhöhen, deren Nutzung auch aus ökonomischen Gesichtspunkten attraktiv zu gestalten und die Entwicklung nachhaltiger Märkte für Sekundärrohstoffe zu fördern. Generell muss das Ziel sein, Rohstoffe möglichst lokal und mehrfach im Kreislauf zu halten, d. h. durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Verringerung von Transportaufwänden könnte mehr Resilienz entstehen. Der Schlüssel hierfür liegt wiederum im Produktdesign sowie den betreffenden Vorgaben.

Einheitliche europäische Maßstäbe für Transparenz, Effizienz und Umweltwirkung - Nicht-EU Handel als Grund für eine gestörte Kreislaufwirtschaft begegnen

Die bisherigen Vorgaben zu Recyclingquoten und Abfallströmen müssen EU-weit harmonisiert und überprüfbar gestaltet werden. Intransparente oder symbolische Quoten nützen weder der Umwelt noch den Bürgerinnen und Bürgern. Eine echte Kreislaufwirtschaft erfordert nachvollziehbare Standards, ehrliche Berechnungsgrundlagen und wirksame Vollzugskontrollen auf allen Ebenen. Dabei ist jedoch auf eine bürokratiearme Ausgestaltung zu achten. Zudem bedarf es Lösungen für häufig aus Nicht-EU-Ländern importierte Produkte, wie Elektrogeräte, Batterien und Alttextilien, die europäische Bestrebungen zur Produktvereinheitlichung sowie nach höheren Recyclingquoten konterkarieren. Zoll und nationale Marktüberwachungsbehörden sind neuartigen Direktvermarktungswegen von internationalen, nicht in der EU ansässigen Onlinehändlern, die den Markt mit Billigprodukten überschwemmen, hoffnungslos unterlegen. Um realistisch bessere Recyclingquoten in importstarken Branchen zu erreichen, müssen Produktstandards auch im Import gelten und vollziehbar sein.

[DIE BÜROGEMEINSCHAFT: Starke Kommunen. Starkes Europa. Starke Gemeinschaft.](#)

**Unser Appell an die EU-Kommission lautet daher:**

- Deponierungsverbot von Siedlungsabfällen als kostengünstigen und schnell umsetzbaren CO₂-Senkungsmechanismus nutzen
- Anerkennung der Bedeutung moderner thermischer Abfallbehandlung für eine nachhaltige Energie- und Rohstoffwende
- Rolle der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in den Mitgliedstaaten bewahren und stärken
- Herstellerverantwortung als finanzielle Produkt- und Produktfolgenverantwortung
- Verbindliche Produktstandards als Schlüssel für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft
- Verbot von nicht recyclebaren Einwegprodukten und Wegwerfartikeln
- Umgehung von Zoll und Marktüberwachung durch Direktvermarktung nicht EU-konformer Produkte aus Drittstaaten wirksam begegnen

Kommunale Verantwortung und europäische Steuerung müssen Hand in Hand gehen, um die natürlichen Ressourcen unserer Erde zu schützen und die Lebensqualität in Europa nachhaltig zu sichern. Der Übergang in eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft kann nur gelingen, wenn die Kommunen und ihre öffentlichen Entsorgungsträger partnerschaftlich eingebunden werden.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Europabüros der bayerischen und der baden-württembergischen Kommunen zur Verfügung.



Bayerisches Staatsministerium des
Innern, für Sport und Integration



EINLADUNG

GLOBAL VERNETZT: PARTNERSCHAFTEN BAYERISCHER KOMMUNEN MIT KOMMUNEN IM GLOBALEN SÜDEN

*Donnerstag, 27.11.2025, 10:00 bis 14:00 Uhr,
Residenz München (Max-Joseph-Saal), Residenzstraße 1, 80333 München*

Kommunale Partnerschaften mit dem Globalen Süden ermöglichen einen lebendigen Austausch, bei dem beide Seiten voneinander lernen, gemeinsam Lösungen entwickeln und voneinander profitieren. Gegenseitig teilen wir unsere Kulturen, Traditionen, Lebensbedingungen und Herausforderungen.

Am Donnerstag, 27. November 2025 veranstaltet das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration eine Tagung für bayerische Kommunen mit Partnerschaften im Globalen Süden sowie für Kommunen, die an einer solchen Partnerschaft interessiert sind. Freuen Sie sich auf spannende Impulse, Austausch und neue Perspektiven für die internationale Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

WEITERE INFORMATIONEN:

<https://www.kommunen-einewelt.de>

ANMELDUNG:

Vivien Führ: fuehr@eineweltnetzwerkbayern.de

Telefon 089 416163 203

www.eineweltnetzwerkbayern.de



PROGRAMM

10:00 - 10:30 Anmeldung und Begrüßungskaffee

10:30 Beginn der Veranstaltung

Begrüßung Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.

Begrüßung durch Joachim Herrmann
Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, MdL

GUTE PRAXIS AUS BAYERN: VORSTELLUNG KOMMUNALER (PROJEKT-)PARTNERSCHAFTEN

- GERSTHOFENS KLIMAPARTNERSCHAFT MIT BARINGO COUNTY IN KENIA
Michael Wörle, 1. Bürgermeister der Stadt Gersthofen
- ORTSPARTNERSCHAFT ZWISCHEN HERRSCHING UND CHATRA/WEST BENGALEN
Hans-Jürgen Böckelmann, stellvertretender Bürgermeister und Gemeinderat Herrsching am Ammersee
- NACHHALTIGKEITSPARTNERSCHAFT ZWISCHEN DER STADT NEUMARKT I.D.OPF. UND DRAKENSTEIN MUNICIPALITY, WESTKAP PROVINZ/SÜDAFRIKA
Ralf Mützel, Leiter Amt für Nachhaltigkeit Neumarkt i.d.OPf.

PARALLELE WORKSHOPS

1. GEMEINSAM STARK – KOMMUNALE PARTNERSCHAFTEN IM AUSTAUSCH
Moderation: Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.
2. FÖRDERANGEBOTE DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT FÜR KOMMUNALE PARTNERSCHAFTEN
Ulrich Held, Abteilungsleiter Kommunale Förderung Engagement Global gGmbH

FAZIT

13.00—14.00 Stehempfang mit Mittagsimbiss



In Kooperation mit:

Bayerisches Staatsministerium des
Innern, für Sport und Integration



Veranstaltung gefördert aus Mitteln der Bayerischen Staatskanzlei

Bessere Bündelung tourismuspolitischer Interessen durch neuen Dachverband

Die Tourismusverbände Allgäu/Bayerisch-Schwaben, Franken, Ostbayern, der Tourismus Oberbayern München und der Bayerische Heilbäderverband haben in München den Bayerischen Tourismusverband gegründet. Ziel ist dabei eine bessere Koordination und Bündelung tourismuspolitischer Themen auf Landesebene.

Gemeinsam stark

„Nahezu alle deutschen Bundesländer haben einen Landestourismusverband, nur Bayern – das Tourismusland Nummer eins in Deutschland – nicht. Mit unserem Zusammenschluss im neuen Bayerischen Tourismusverband wollen wir diese Lücke schließen und künftig mit einer geeinten Stimme als Sprachrohr gegenüber der Politik auftreten“, so der neu gewählte Verbandspräsident **Klaus Stöttner**, der zugleich Präsident des Tourismus Oberbayern München ist. „Der Bayerische Tourismusverband soll gezielt die touristischen Interessen der öffentlichen Hand vertreten. Hier stehen wir in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, welche wir gemeinsam angehen möchten. Die Zusammenarbeit zwischen den regionalen Tourismusverbänden und dem Bayerischen Heilbäderverband ist dabei wichtig und richtig“, ergänzt Landrat **Peter Berek**, Präsident des Bayerischen Heilbäderverbandes und Vizepräsident des neuen Bayerischen Tourismusverbandes.

„Der neue Bayerische Tourismusverband mit dem Fokus auf der gemeinsamen politischen Interessensvertretung schließt eine wichtige Lücke und hilft uns, den Tourismus in Bayern weiter zukunftsfähig aufzustellen“, so Landrat Thomas Ebeling, Präsident des Tourismusverbands Ostbayern.

Bayernweites Sprachrohr

Bereits 2022 wurde mit dem Kuratorium für den Bayerischen Tourismus ein informelles Strategiegremium zur Abstimmung gemeinsamer tourismuspolitischer Positionen der Tourismusverbände Allgäu/Bayerisch-Schwaben, Franken, Ostbayern und Oberbayern München gegründet. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit



Die Gründungsmitglieder mit Wahlleitung Thomas Holz, MdL: 3.Reihe von links: Dr. Michael Braun, geschäftsführender Vorstand Tourismusverband Ostbayern, Frank Oette, Geschäftsführer Bay. Heilbäderverband, Oswald Pehel, Geschäftsführer Tourismus Oberbayern München e.V.; 2.Reihe von links: Thomas Ebeling, Präsident Tourismusverband Ostbayern, Thomas Holz, MdL, tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Klaus Fischer, Geschäftsführer Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben, Angelika Schäffer, Geschäftsführerin Tourismusverband Franken; 1.Reihe von links: Peter Berek, stv. Präsident des Bayerischen Tourismusverbandes und Vorsitzender Bay. Heilbäderverband, Klaus Stöttner, Präsident des Bayerischen Tourismusverbandes und Präsident Tourismus Oberbayern München, Maria Rita Zinnecker, Vorsitzende Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben, Thomas Bold, Vorsitzender Tourismusverband Franken (Foto: Bay. Tourismusverband)



soll nun vertieft fortgeführt und institutionalisiert werden. „Die touristischen Herausforderungen, wie die Frage nach der Zukunft des Wintertourismus, beschäftigen uns nicht nur im Allgäu, sondern im gesamten Freistaat. Daher freut es mich, dass wir mit dem Bayerischen Tourismusverband ein Organ haben, das unsere Themen für ganz Bayern bündelt und politisch vertritt“, erläutert Landrätin **Maria Rita Zinnecker**, Vorsitzende des Tourismusverbands Allgäu/Bayerisch-Schwaben. Landrat **Thomas Bold**, Vorsitzender des Tourismusverbands Franken stellt fest: „Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der sich auf die Lebensqualität aller auswirkt. Damit das so bleibt, ist es wichtig, dass wir aktuelle Fragestellungen im Tourismus aktiv in der Politik vertreten.“

Der Verband, deren Mitglieder zu den Hauptgesellschaftern der Bayern Tourismus Marketing GmbH gehören, unterstützt weiterhin die Marketingarbeit der

Landestourismusorganisation. Auch die wertvolle Arbeit der regionalen Tourismusverbände vor Ort in Bereichen wie Marketing, Lebensraummanagement und Digitalisierung bleibt weiterhin bestehen.

Der seit jeher konstruktive Austausch zwischen den regionalen Tourismusverbänden und der Bayern Tourismus Marketing GmbH sowie weiteren im bayerischen Tourismus aktiven Verbänden und Organisationen soll durch die Tätigkeit des Verbands noch weiter gestärkt werden.

Kontakt:

Bayerischer Tourismusverband
c/o Tourismus Oberbayern-München e.V.,
Prinzregentenstraße 89, 81675 München,
info@oberbvayern.de, Tel. +49 (0) 89 63 89 58 79 0
Präsident: 0170-6324323

(Bayerischer Tourismusverband)

Krisendienste Bayern: 97.816 telefonische Kriseninterventionen im Jahr 2024

Bezirketagspräsident Franz Löffler: „Ein offenes Ohr und ein unkomplizierter Zugang zu professioneller Hilfe bei psychischen Krisen“ / Gesundheitsministerin Gerlach: „Bayerns Krisendienste sind richtungsweisend“

Auch im Jahr 2024 sind die Anruftzahlen der Krisendienste erneut gestiegen. Insgesamt 97.816 Telefonate führten die sieben Leitstellen der Krisendienste im Jahr 2024 mit Menschen in seelischer Not. Zudem führten die Mobilien Einsatzteams der Krisendienste 3.834 persönliche Kriseninterventionen durch. Hierbei fahren die Teams zu der ratsuchenden Person oder treffen sich mit ihr an einem geeigneten neutralen Ort.

Die Entwicklung der Anrufstatistik macht deutlich: Die Krisendienste Bayern sind eine wichtige und niedrigschwellige Anlaufstelle sowohl für Menschen in seelischen Krisen selbst als auch für deren Angehörige.

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach betonte: „Bayern setzt sich mit einer Vielzahl an Maßnahmen für Menschen mit psychischem Hilfebedarf ein. Unsere Krisendienste sind in dieser Form bundesweit einmalig. Mit der täglichen Erreichbarkeit rund um die Uhr für

alle Bürgerinnen und Bürger in psychischen Krisen und für Menschen aus deren Lebensumfeld sind sie richtungsweisend.“

Martin Guth, Sprecher der sieben Leitstellen der Krisendienste Bayern, erläutert den Wert der Krisendienste für die Anruferinnen und Anrufer: „Psychische Krisen sind Tiefpunkte im Leben. Oft fühlt man sich darin allein, überfordert, verloren. Wenn in dieser Situation jemand da ist, der zuhört, ohne zu bewerten

Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, ist stolz auf die Entwicklung: „Menschen in psychischen Krisen brauchen vor allem zwei Dinge: ein offenes Ohr und einen unkomplizierten Zugang zu professioneller Hilfe. Mit den Krisendiensten Bayern haben die Bezirke gemeinsam mit dem Freistaat ein Angebot geschaffen, das genau das leistet. Der erneute Anstieg der Anrufrufen zeigt für mich, wie richtig und wichtig diese Entscheidung war und ist.“



Mitarbeiterin eines mobilen Einsatzteams (Foto: Wolfgang Englmaier)

und hilft, die eigenen Gedanken zu sortieren, dann kann das verschüttete Kräfte aktivieren und Zuversicht schenken. Es ist oft der Moment, in dem die Betroffenen das Licht am Ende des Tunnels sehen und merken: Ja, da ist noch ein Stück zu gehen – aber jetzt kenne ich den Weg und ich weiß, dass ich es schaffen kann.“

Die Krisendienste Bayern sind telefonisch in ganz Bayern unter 0800 / 655 3000 erreichbar – jeden Tag, rund um die Uhr, kostenfrei. Menschen in psychischen Krisen erreichen hier Fachkräfte der Fachrichtungen Psychologie, Sozialpädagogik, Fachkrankpflege Psychiatrie. Auch Angehörige, Fachstellen, sowie die Polizei und Kreisverwaltungsbehörden können sich an die Krisendienste Bayern wenden. Eine Besonderheit der Krisendienste Bayern sind die mobilen Teams: Sie entlasten in dringenden Fällen am Ort der Krise. Sollte nach der telefonischen oder persönlichen Krisenintervention weiterführende Hilfe erforderlich sein, vermitteln die Krisendienste Bayern an das individuell passende Angebot im Versorgungssystem. Die Krisendienste Bayern werden von den sieben Bezirken in Bayern getragen sowie vom Freistaat Bayern und den Bezirken finanziert. Mehr über die Krisendienste Bayern: <https://www.krisendienste.bayern/>

(Bayerischer Bezirketag)



Krisendienst Leitstelle (Schwabern) (Foto: Tobias Atzkern)

**KRISEN
DIENSTE
BAYERN** **0800
/655
3000**

Jetzt für den Bayerischen Energiepreis 2026 bewerben

Seit 1999 vergibt das Bayerische Wirtschaftsministerium den Bayerischen Energiepreis. Die renommierte Auszeichnung steht für einen innovativen und verantwortungsvollen Umgang mit Energie. Nun startet die Bewerbungsphase für die nächste Runde 2026.

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger: „Unsere Wirtschaft ist auf eine sichere Energieversorgung angewiesen. Deshalb brauchen wir intelligente Lösungen, die den Weg von fossiler Energieerzeugung hin zu Erneuerbaren Energien sicher und effizient gestalten. Mit dem Bayerischen Energiepreis würdigen wir genau solche Ideen. Ab jetzt können sich Unternehmen, Kommunen, Hochschulen oder Forschungseinrichtungen mit ihren Projekten bewerben. Wer mitmacht, kann doppelt gewinnen. Neben der Chance auf den Preis lernen die Teilnehmer wichtige Akteure der Energiebranche kennen und profitieren von starken Netzwerken.“

Bewerben können sich Unternehmen, Kommunen, Hochschulen, Forschungsinstitute sowie Ingenieur- und Planungsbüros. Die Bandbreite reicht von Spitzentechnologien zur Energieeinsparung bis zu kommunalen Vorzeigeprojekten und Forschungsvorhaben. Neu

im Wettbewerb sind die Kategorien Energieforschung, Digitalisierung und kommunale Energiekonzepte.

Der Wettbewerb richtet sich konkret an Projekte aus folgenden Bereichen:

- Energieeffizienz in industriellen Prozessen und Produktion
- Innovative Energieinfrastrukturprojekte
- Gebäude als Energiesystem / Liegenschaftskonzept
- Kommunale Energiekonzepte
- Digitalisierung im Energiebereich
- Energieforschung

Bewerbungen können ab sofort unter <https://www.bayerischer-energiepreis.de/> eingereicht werden. Bewerbungsschluss ist der 15. Dezember 2025. Über die Preisträger entscheidet eine Fachjury, die Auszeichnung erfolgt im Sommer 2026.

Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie




Unternehmen, Kommunen, Hochschulen & Forschungseinrichtungen aufgepasst!

Wir zeichnen Innovationen & Spitzenleistungen im Energiebereich aus!

Gesucht werden Projekte, Produkte und Konzepte, die technische und wirtschaftliche Maßstäbe setzen.

Bildquelle: ©stock.adobe.com (verändert)



Jetzt bis 15.12.2025 bewerben!
Bayerischer-Energiepreis.de



Brigadegeneral Thomas Hambach zu Gast im Präsidium des Bayerischen Landkreistags

Anfang Juli stellt Brigadegeneral Thomas Hambach, Kommandeur des Landeskommandos Bayern, dem Präsidium in seinem Vortrag die aktuelle Sicherheitslage dar. Er betonte, dass die „Big 5“ sicherheitspolitischer Herausforderungen (Cyber, Terrorismus, Klima, China und Russland) die Herstellung der gesamtgesellschaftlichen Verteidigungsbereitschaft in der Bundesrepublik zwingend erfordern. Die Landrätinnen und Landräte hätten dabei laut Hambach eine Schlüsselrolle. Neben dem Katastrophenmanagement vor Ort, komme ihnen aufgrund der Nähe zur Bevölkerung die entscheidende Aufgabe zu, bei den Bürgerinnen und Bürgern den „Wehrwillen“, wie es Hambach bezeichnete, zu wecken. Das Bewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger, dass jeder Einzelne für den Erhalt unserer demokratischen Werte und unserer freiheitlichen Lebensweise eintreten müsse, sei unabdingbar („Wissen wofür!“).

Die Präsidiumsmitglieder bestätigten die Bereitschaft der Landratsämter, an der Umsetzung des Operationsplans Deutschland auf der zivilen Seite entschlossen mitzuwirken. Sie betonten jedoch, dass sie hierfür auf aktuelle Vorgaben von Bund und Land inklusive einer klaren Kommunikation sowie einer hinreichenden finanziellen wie personellen Ausstattung angewiesen seien.



V.l.n.r.: Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied (Bayerischer Landkreistag), Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin (Fürstentfeldbruck), Zweite Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags, Landrätin Tamara Bischof (Kitzingen), Brigadegeneral Thomas Hambach (Kommandeur des Landeskommando Bayern), Dritter Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau)



Austausch mit Brigadegeneral Thomas Hambach



Bayerischer Landkreistag zu Gast bei IABG: Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) im Fokus

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, Cynthia Derra, Abteilungsleiterin Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Informations- und Kommunikationstechnik, Datenschutz, und Sarah Honold, Abteilungsleiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, haben sich am 13. August mit Experten der IABG über die Herausforderungen und Lösungen in der aktuellen Sicherheitslage ausgetauscht. Im Mittelpunkt stand u.a. der OPLAN DEU.

Bereit für den Ernstfall

Die bayerischen Landkreise sind in vielfacher Hinsicht betroffen, da sie für kritische kommunale Infrastrukturen wie Gesundheit, Verkehr und Energie verantwortlich sind. Diese Bereiche sind essenziell für die Sicherheit und das Wohl der Bevölkerung und erfordern eine enge Zusammenarbeit mit Unternehmen wie der IABG, um innovative Lösungen zu entwickeln und die Resilienz zu stärken. Die Konflikte des 21. Jahrhunderts machen vor niemandem Halt. Im Ernstfall kommt es auch ganz besonders auf die Landkreise an. Jeder muss wissen, wie er sich einbringen kann und welche Ressourcen zur Verfügung stehen.

IABG: Ein Schlüsselakteur

Die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG) mit Sitz in Ottobrunn ist ein unabhängiges, inhabergeführtes Hightech-Dienstleistungsunternehmen. Seit ihrer Gründung im Jahr 1961 unterstützt die IABG als Vertrauenspartner die Bundeswehr sowie Organisationen mit sicherheitsrelevanten Aufgaben.

Mit rund 1200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bietet das Unternehmen ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Die Kernbereiche umfassen unter anderem Verteidigung und Sicherheit, Informations- und Kommunikationstechnologie, Mobilität, Energie sowie Automotive.

Besondere Kompetenz zeigt die IABG in den Feldern Analyse, Simulation, Test- und Anlagenbetrieb. Sie entwickelt Lösungen für komplexe zivile und militärische Herausforderungen.

OPLAN DEU und Grünbuch

In einer zunehmend unsicheren Welt, geprägt von geopolitischen Spannungen und hybriden Bedrohungen, ist die Notwendigkeit einer effektiven zivil-militärischen Zusammenarbeit dringlicher denn je. Vor diesem Hintergrund sind der OPLAN DEU und das Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall (Grünbuch ZMZ 4.0) als strategische Dokumente von großer Bedeutung. Sie formulieren nicht nur klare Handlungsanweisungen, sondern stellen auch den Austausch zwischen verschiedenen Akteuren sicher. Der OPLAN DEU soll als Leitfaden dienen, um in Krisensituationen angemessen reagieren zu können. Dies ist besonders wichtig, da die Bedrohungslage vielfältig ist und sowohl militärische als auch nicht-militärische Dimensionen umfasst.

OPLAN DEU: Struktur und Aufgaben

Der OPLAN DEU beschreibt, wie Deutschland im Zusammenspiel mit alliierten Streitkräften operiert. Dabei wird die Drehscheibe Deutschland als zentrale Anlaufstelle hervorgehoben, die jederzeit aktiviert werden kann, um die Unterstützung der Alliierten zu gewährleisten. Essenzielle Aufgaben umfassen u.a. die Bewegung und Versorgung der militärischen Einheiten sowie die Koordinierung dieser Maßnahmen mit dem zivilen Leben in Deutschland. Dabei spielt auch die Kommunikation gemeinsamer Lagebilder eine entscheidende Rolle, insbesondere bei Truppenverschiebungen.

Zivile und militärische Aspekte

Die Resilienz der zivilen Seite ist heute ein wesentlicher Bestandteil der Abschreckung. Die Landkreise müssen

sich hier einmal mehr klar auf die ihnen übergeordneten Ebenen verlassen können. Das sind die Innenministerien auf Bundes- und Landesebene. Jeder Landkreis muss wissen, welche Ressourcen ihm zur Verfügung stehen und welche Maßnahmen er ergreifen muss. Der OPLAN DEU nimmt dabei auch besonders die Notwendigkeit einer Kommunikation zwischen zivilen und militärischen Stellen, um eine reibungslose Zusammenarbeit zu gewährleisten, in den Blick. Der Austausch mit der IABG hat dazu beigetragen, diese Aspekte weiter zu vertiefen. Der OPLAN DEU verlangt eine gründliche Überprüfung der Schutzobjekte und der Funktionsfähigkeit der eigenen Organisationen. Das Verständnis der kritischen Infrastrukturen ist hierbei von zentraler Bedeutung.

sicheren Kommunikation sind essenzielle Punkte, die im Rahmen des Austausches zwischen den Vertretern des Bayerischen Landkreistags und der IABG erörtert wurden.

Hybridbedrohungen und gesellschaftliche Verantwortung

Die gegenwärtige Sicherheitslage ist von militärischen Konflikten, wie dem Ukraine-Krieg, und von hybriden Bedrohungen geprägt. Nicht-militärische Aspekte werden in zukünftigen Konflikten ebenso wichtig sein wie militärische. Der Krieg des 21. Jahrhunderts zeigt sich in einem veränderten Gesicht, und die Gesellschaft muss sensibilisiert werden, um auf diese neuen Herausforderungen zu reagieren.



V.l.n.r.: Sarah Honold, Pressesprecherin (BayLkT), Maximilian Beenisch, Cynthia Derra, Abteilungsleiterin Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Informations- und Kommunikationstechnik, Datenschutz (BayLkT), Gernot Schwierz, Landrat Thomas Karmasin, Fürstfeldbruck, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Thomas Richter, Holger Spangenberg, Philipp Klüfers, Pierre Wallburger, Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied (BayLkT), Enrique Kremers, Jörg Schäfer

Zivil-militärische Zusammenarbeit im Grünbuch

Das Grünbuch zur zivil-militärischen Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall fokussiert sich auf die Unterstützung bei Truppenaufmärschen und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Die Landkreise sind u.a. bei der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auch während militärischer Einsätze gefragt. Die Schaffung zusätzlicher Personalkapazitäten und die Gewährleistung einer

Fazit und Ausblick

Die Herausforderungen, die sich aus der aktuellen geopolitischen Lage ergeben, erfordern eine enge Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren. Der OPLAN und das Grünbuch fungieren dabei als wichtige Instrumente, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und auf Bedrohungen angemessen reagieren zu können. Eine systematische Sensibilisierung und eine klare Kommunikation sind entscheidend, um die Gesellschaft auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten. Der Austausch während des Firmenbesuchs bei der IABG hat gezeigt, wie wichtig diese Kooperation ist, um eine resiliente und sichere Zukunft zu gestalten. In einer

Zeit, in der hybride Bedrohungen zunehmen, ist es unerlässlich, dass alle Ebenen der Gesellschaft gemeinsam an dieser Herausforderung arbeiten.

Mehr zum OPLAN DEU:

[booklet-operationsplan-deutschland-data.pdf](#)

Mehr zum Grünbuch ZMZ 4.0:

<https://zoes-bund.de/publikationen/gruenbuch-zmz/>

Gemeinsam stark. Krisenresilienzstrategie des Coburger Landes

Resilienz – ein kommunales Praxisbeispiel

Von Nadine Wuttke, Projektleiterin, Martina Göhring und Julian Stang, Projektmitarbeiter, Landratsamt Coburg

Naturkatastrophen, Cyberattacken, Folgen internationaler Kriege und politischer Spannungen, Fachkräftemangel und Corona-Pandemie mitsamt der Lehren aus ihrer Bewältigung: Krisenhafte Ereignisse folgen in immer höherer Taktung aufeinander oder überlagern sich gar. Die Auswirkungen auf Kommunen und Regionen als Wohn- und Arbeitsorte sind immens. Mit großer Betroffenheit und Anteilnahme hatte der Landkreis Coburg beispielsweise die Ahrtal-Katastrophe im Juli 2021 verfolgt. Der Cyberangriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld und die darauffolgenden, zunehmenden Cyberangriffe auf Kommunen wurden ebenfalls mit Sorge wahrgenommen. Wenngleich solch einschneidende Katastrophen oder Krisen den Landkreis Coburg noch nicht ereilt haben, hieß es: Nicht warten, sondern handeln. Über das Fördervorhaben „Resiliente Regionen“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumentwicklung erhielt der Landkreis Coburg finanzielle Unterstützung, um dieses komplexe Thema anzugehen.

Der Landkreis Coburg

Im Landkreis Coburg, der im Norden Bayerns an Südtüringen angrenzt, leben aktuell ca. 87.000 Einwohner auf einer Fläche von 590 km². In der geografischen Mitte liegt die kreisfreie Stadt Coburg, die als Oberzentrum wichtige Versorgungsfunktionen für den Kreis mit seinen 17 kreisangehörigen Städten und Gemeinden wahrnimmt. Der Landkreis ist Mitglied der Metropolregion Nürnberg und des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg. Seit 2019 ist Sebastian Straubel (CSU)

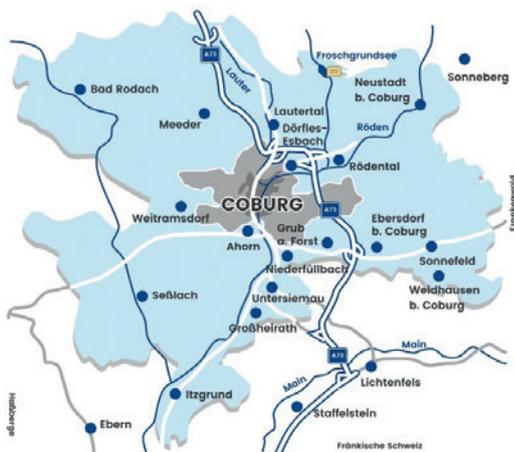
Landrat. Aktuell beschäftigen den Landkreis eine sehr angespannte Haushaltssituation mit einhergehendem Sparzwang, (drohende) Insolvenzen von Wirtschaftsunternehmen sowie die drohende Unterversorgung mit Hausärzten und Pflegeabsicherung im Landkreis. Während der Laufzeit des Modellvorhabens traten die Entwicklungen um den Operationsplan Deutschland hinzu.

Das Modellvorhaben „Gemeinsam stark. Krisenresilienzstrategie des Coburger Landes“ im Landkreis Coburg

Der Landkreis Coburg verfolgte die Strategie einer breiten Risikobetrachtung nach dem sogenannten All-gefahrenansatz und der Ableitung entsprechender präventiver Maßnahmen.

Beteiligte Akteure

Politisch-strategisch waren im Landkreis Coburg die entsprechenden Gremien und Ausschüsse und Netzwerkpartner in das Modellvorhaben eingebunden. Alle 17 Kommunen waren über verschiedene Formate beteiligt. Ebenfalls eingebunden waren alle im Landkreis ansässigen Behörden und Organisationen mit Sicher-



heitsaufgaben. Im Landratsamt Coburg waren neben dem Landrat vor allem die Verantwortlichen der Führungsgruppe Katastrophenschutz, der Geschäftsbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Pressestelle einbezogen – Mitarbeitende, die originär für Krisenvorsorge und -bewältigung verantwortlich sind. Darüber hinaus waren alle Mitarbeitenden des Landratsamtes transparent durch Newsletter und Mitarbeiterversammlungen über den Fortgang des Modellvorhabens informiert und in verschiedenen Formaten beteiligt. Der Landkreis Coburg partizipierte auch durch Vernetzung mit den anderen Modellregionen der Förderinitiative „Resiliente Regionen“.

Die Risikoanalyse

Einen zentralen Baustein im Modellvorhaben bildete die Risikoanalyse. Da sich der Landkreis Coburg nicht auf ein konkretes Risiko beschränkte, galt es, die Risiken für den Landkreis zu klassifizieren und zu priorisieren. 15 verschiedene Risiken wurden identifiziert und unterteilt in organisationale Risiken (z.B. Ausfall der IT-Systeme, Ausfall von Personal, ...) und exogene Krisen (z.B. Vegetationsbrände, Extremwetterereignisse). Da die Bewertung von Risiken komplex und herausfordernd ist und analytische Ansätze oft fehlerhaft sind, sollten Gewichtungen und Rangfolgen bessere pragmatische Ansätze herbeiführen. So wurde neben der Eintrittswahrscheinlichkeit zum einen die aktuelle Widerstandsfähigkeit eingeschätzt. Darüber hinaus wurde der Fokus auf die Kooperationsfähigkeit eines betroffenen Systems gelegt. Hierbei wird unterstellt, dass (Poly-)krisen oder Katastrophen nicht mehr allein durch Kommunen, Staat und Hilfsorganisationen bewältigt werden können, sondern es einer Netzwerkerweiterung unter Einbeziehungen von NGOs – aber auch wirtschaftlich orientierter Unternehmen und der Bevölkerung – bedarf. Weiterhin wurde der Frage nachgegangen, welche Gruppen in der Region resilienzfördernde Eigenschaften besitzen und bei welchen Gruppen Unterstützungsbedarfe bestehen. Die Risikoanalyse war im Ergebnis ein Baustein für Handlungsempfehlungen, die sich in den entsprechenden Fachbereichen des Landratsamtes und im Landkreis selbst künftig verstetigen sollen.

Evaluierung bewältigter Krisen – Corona

Parallel zur zukunftsorientierten Risikoanalyse richtete der Landkreis Coburg den Blick zurück in die Vergangenheit und untersuchte die Bewältigung der Corona-Pandemie im Landratsamt Coburg. Ein oft unterschätz-

ter oder auch unterlassener Schritt, der aber immenses Erkenntnispotential birgt, besteht darin: Nach der Rückkehr in den Normalbetrieb den Umgang mit der überstandenen Krise noch einmal genau betrachten. Was lief gut? Wo lagen Stärken? Was lässt sich optimieren? Nach einer umfassenden Recherche zu den im Haus vorliegenden Dokumentationen und Festlegungen schlossen sich eine anonyme Befragung der Belegschaft sowie Interviews von Schlüsselpersonal an nebst Ableitung von Handlungsempfehlungen an.

Planspiele, Workshops und ein Serious Game

Im ersten der beiden im Modellvorhaben durchgeführten Planspiele festigte und stärkte die Leitungsebene des Landratsamtes das kommunikative Verhalten im schweren Krisenfall. Simuliert wurde eine Cyberattacke auf das Landratsamt (Totalausfall von Technik und Telefon mit einer Lösegeldforderung) mit medialer Wirkung. Unter maximalem Zeitdruck galt es, ein Krisenreaktionsteam aufzustellen und die deeskalierenden Kommunikationsschritte intern und extern einzuleiten. Die Erkenntnisse aus dem Planspiel sind bereits in einen Maßnahmenkatalog eingeflossen und wurden in der Projektlaufzeit umgesetzt. Eine Maßnahme war hierbei zentral: Die Sensibilisierung der Mitarbeitenden im Landratsamt und in den Kommunen zum Thema Krisenkommunikation. Diese wurde über ein Workshopformat geschult, in dem neben theoretischem Input



Das Krisenquartett ist ein hilfreiches Mittel, um die Folgen verschiedener Krisen-Szenarien einschätzen zu können.



auch die Möglichkeit zum praktischen Üben geboten wurde. Im Zuge dessen entwickelte das Projektteam ein „Serious Game“ – ein Kartenspiel mit 18 auf den Landkreis Coburg zugeschnittenen Krisenszenarien, die durch die Spielenden in gemeinsamer Abstimmung in eine Reihenfolge zu bringen sind. Abgestuft je nach Schwere der Auswirkungen. Hierzu Kreisbrandrat Stefan Püls: „Das entwickelte Krisenquartett ist eine wertvolle Ergänzung. Man übt mit ihm die Kriseneinschätzung, es macht Spaß, es zu spielen, es unterstreicht aber auch die Ernsthaftigkeit.“



Kommunikation im Krisenfall war die zentrale Herausforderung beim Planspiel der Mitglieder der Leitungsebene am Landratsamt Coburg.

Das zweite Planspiel befasste sich mit dem Risiko Extremwetterereignis und fand mit breiter Akteursbeteiligung statt. Die Lage entwickelte sich in drei wesentlichen Teilen: 1. Zuständigkeit der betroffenen Kommunen, 2. Bestellung eines Örtlichen Einsatzleiters als Gesamteinsatzleiter, 3. Ausrufen des Katastro-

phenfalls. Einen ganzen Tag lang kämpften sich (Ober-)Bürgermeister, Mitarbeiter der Kommunen, Feuerwehr, Polizei, Wasserwacht, BRK, ASB, die Integrierte Leitstelle, Bundeswehr, der Örtliche Einsatzleiter und die UG-ÖEL sowie die Mitglieder der Führungsgruppe Katastrophenschutz durch eine sich rasant entwickelnde Lage. Gestört bzw. herausgefordert wurden diese zusätzlich noch durch sehr aktive Pressevertreter und Social-Media-Aktivitäten.

O-Töne zum Planspieltag:

Der Ortsbeauftragte des THW Coburg, Karsten Herold, fungierte beim Planspiel als örtlicher Einsatzleiter: „Das Planspiel war sehr detailliert und realitätsnah ausgearbeitet – bis hin zu Pressevertretern, die in solchen Schadenslagen natürlich mit Anfragen auf die Einsatzkräfte zukommen. Das Planspiel war kurzweilig, was ebenfalls für eine sehr gute Übungsvorbereitung und -durchführung spricht. Die Zusammenarbeit mit den beteiligten Organisationen hat sehr gut funktioniert. Von Vorteil ist hier natürlich, dass sich die jeweiligen

Führungskräfte untereinander kennen.“ Der Oberbürgermeister der Stadt Neustadt bei Coburg, Frank Rehan, stimmte zu: „Es handelte sich um eine sehr interessante und lehrreiche Übung. Dabei konnte die Zusammenarbeit mit allen Hilfsorganisationen und Sicherheitsbehörden unter schwierigen Bedingungen



Ein Starkregenereignis mit dramatischen Auswirkungen hat die Mitglieder der Führungsgruppe Katastrophenschutz sowie zahlreiche weitere Akteure aus Kommunen und Hilfsorganisationen im Coburger Land beim zweiten Planspiel herausgefordert.

trainiert werden. Die Zusammenarbeit und auch die Stimmung aller Beteiligten waren hervorragend. Ich bin gespannt auf die Auswertungen – denn erst dann können wir unsere derzeitigen Planungen mit dem neu erworbenen Wissen entsprechend anpassen.“ Rödental's Bürgermeister Marco Steiner lobte das Krisenplanspiel ebenfalls und sagte in der Rückschau: „Das gewählte Szenario war sehr realistisch dargestellt und hat uns aufgezeigt, in welchen Bereichen wir gut vorbereitet sind und wo noch nachgearbeitet werden muss. Das Planspiel war deshalb für uns sehr hilfreich. Wir konnten die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Organisationen üben und können im Nachgang die erforderlichen Maßnahmenpläne bei einem starken Hochwasserereignis und weiteren Krisensituationen aktualisieren.“

Gemeinsam stark.

Auf dem Weg zur resilienteren Region sind im Landkreis Coburg noch weitere Schritte zu gehen. Das bedeutet aber auch: sich in Zeiten einer angespannten Haushaltslage Zielkonflikten stellen zu müssen.

Landrat Sebastian Straubel sagt: „Der Landkreis Coburg hat mit dem Modellvorhaben wichtige Schritte hin zu einer resilienteren Region gemacht. Wir sind damit auf dem richtigen Weg, den wir entschlossen weitergehen wollen.“

Das Vorhaben „Gemeinsam stark. Krisenresilienzstrategie des Coburger Landes“ wurde innerhalb des Programms Region gestalten des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung gefördert. (LRA Coburg)



Die Teilnehmer am Planspiel „Starkregenereignis im Landkreis Coburg“

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung

Region gestalten

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge stärkt den Bevölkerungsschutz: Schulungen in den Kommunen gestartet

Der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge arbeitet kontinuierlich daran, die Sicherheit der Bevölkerung zu erhöhen. Ein wichtiger Baustein ist die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen, die im Ernstfall ihre Aufgaben als Sicherheitsbehörde vor Ort wahrnehmen müssen. Um dies zu gewährleisten, werden die Verantwortlichen in den Gemeinden gezielt geschult – erste Station war die Stadt Marktleuthen, die nun auch ein Zertifikat erhalten hat.

Kompaktlehrgang „Koordinierungsgruppe“

Im Rahmen eines 1,5-tägigen Kompaktlehrgangs „Koordinierungsgruppe“ lernen die Mitarbeitenden der Gemeinden, wie sie im Fall von größeren Störungen wie Schneestürmen, Stromausfällen oder Hochwasserereignissen effektiv handeln. Neben theoretischem Wissen zu rechtlichen Grundlagen, Sicherheitslage und stabsmäßiger Arbeit stehen praxisnahe Übungen im Führungsraum der jeweiligen Gemeinde auf dem Programm. „Wir möchten dafür sorgen, dass alle Gemeinden denselben Wissensstand und dieselben Fähigkeiten haben“, erklärt Christian Frohmader, zuständig für Zivil- und Katastrophenschutz. „So können sich die Kommunen im Ernstfall gegenseitig unterstützen und zusammen mit der Führungsgruppe Katastrophenschutz im Landratsamt effizient zusammenarbeiten.“

„Die Schulungen stärken nicht nur die Einsatzfähigkeit unserer Gemeinden, sondern erhöhen direkt die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Koordinierte Vorbereitung ist der Schlüssel, um in Krisensituationen schnell und effektiv handeln zu können“, so Landrat Peter Berek.

Praxisnähe im Vordergrund

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Marktleuthen beschreiben die Schulung als äußerst informativ und praxisnah. Besonders wertvoll war die Übung eines Schneesturm-Szenarios, bei dem die Stadt von umliegenden Gemeinden abgeschnitten war. Die koordinierte Zusammenarbeit von Verwaltung, Bauhof, Stadtwerken und Feuerwehr zeigte, wie wichtig klare Zuständigkeiten und schnelle Informationswege sind.

Christian Leppert, stellvertretender Geschäftsleiter der Stadt Marktleuthen, fasst das so zusammen: „Die Schulung hat uns theoretisches Wissen vermittelt und gleichzeitig unsere praktischen Fähigkeiten gestärkt. Wir sind jetzt in der Lage, verschiedene Szenarien strukturiert und unter einheitlicher Leitung abzarbeiten. Besonders hilfreich war die Übung des Schneesturm-Szenarios – sie hat gezeigt, wie wichtig klare Zuständigkeiten und gute Abstimmung zwischen allen Beteiligten sind.“



Die Stadt Marktleuthen hat als erste Kommune im Landkreis eine Schulung im Bereich Bevölkerungs- und Katastrophenschutz durchlaufen. V.l.n.r.: Landrat Peter Berek, Christian Leppert (stellv. Geschäftsleiter Stadt Marktleuthen), Bürgermeisterin Sabrina Kaestner, Christian Frohmader (Bevölkerungs- und Katastrophenschutz Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge), Kreisbrandrat Wieland Schletz.

Krisenfeste Vorbereitung

Auch Bürgermeisterin Sabrina Kaestner ist vom weitreichenden Nutzen der Schulungen überzeugt: „Es ist ein wichtiger und richtungsweisender Schritt, dass der Landkreis dieses Thema proaktiv angeht und die notwendige Zeit investiert, um Gemeinden und Einsatzkräfte optimal auf den Ernstfall vorzubereiten“, sagt die Bürgermeisterin von Marktleuthen. „Wir fühlen uns so deutlich besser auf mögliche Krisensituationen vorbereitet.“

Die nächsten Standorte für die Schulungen sind bereits in Planung.

Alle wichtigen Hinweise zum Bevölkerungs- und Katastrophenschutz im Landkreis finden Interessierte auch auf der Homepage des Landkreises:

www.landkreis-wunsiedel.de/landratsamt/zivil-und-katastrophenschutz

(LRA Wunsiedel i. Fichtelgebirge)

DIPiK: In zwei Jahren vom Modell zum Regelangebot Wie der Landkreis Dachau ein neues Kapitel in der Jugendhilfe aufschlägt



Was im Schuljahr 2023/24 mit vier Teilzeitkräften begann, wird ab 2025/26 zum festen Bestandteil der sonderpädagogischen Förderung an der Greta-Fischer-

Innovativer Ansatz mit Wirkung: Die Greta-Fischer-Schule und das Amt für Kinder, Jugend und Familie zeigen, wie pädagogische Qualität und Kostenverantwortung gemeinsam gelingen. Mit dem „Dachauer Integrationsprojekt in Klassen“ kurz **DIPiK** hat der Landkreis Dachau eine Lösung entwickelt, die nach nur zwei Jahren vom Pilotprojekt standardisiert wurde.

Schule. Der Kreisausschuss hat im Juni 2025 die dauerhafte Implementierung von DIPiK beschlossen. Damit setzt der Landkreis nach nur zwei Jahren ein deutliches Signal: Integration in der Schule kann gelingen – und zwar effizient, inklusiv und wirtschaftlich tragfähig.



Nach nur zwei Jahren hat der Kreisausschuss das Pilotprojekt fest implementiert.

Von der Ausnahme zur Struktur – ein Konzept mit Tiefenwirkung

In vielen Landkreisen stellt die steigende Zahl individueller Schulbegleitungen Jugendämter, Schulen und Träger vor große Herausforderungen. Allein im Landkreis Dachau wurden im Schuljahr 2024/25 rund 92 Schulbegleitungen finanziert –Tendenz steigend. Besonders betroffen ist die Greta-Fischer-Schule, ein Sonderpädagogisches Förderzentrum mit einem hohen Anteil an



Schülerinnen und Schülern mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf. In vielen Fällen ist hier eine intensive Begleitung nötig. Die klassische 1:1-Betreuung zeigt im Klassengefüge und auch mit Blick auf die Selbständigkeit der Schülerinnen und Schüler jedoch oft Nachteile auf. Meist passt sie nicht zur Unterrichtsrealität.

Mit DIPiK entschied sich der Landkreis Dachau bewusst für einen strukturellen Richtungswechsel: Statt individueller Schulbegleitungen kommen in ausgewählten Klassen **Integrationsfachkräfte (IK)** zum Einsatz – pädagogisch qualifiziertes Personal, das nicht nur ein einzelnes Kind unterstützt, sondern die gesamte Klassengemeinschaft im Blick hat. Je eine Fachkraft (IK) wird pro Klasse eingesetzt, externe Einzelbegleitungen entfallen. Gesteuert durch die Jugendhilfeplanung wurde das Modell in enger Abstimmung mit der Schulleitung und dem freien Träger Kinderschutz e.V. entwickelt und zunächst auf vier Klassen begrenzt erprobt. Bereits nach einem Jahr wurde es auf sechs Klassen ausgeweitet – nun folgen die Regelstrukturen in allen Klassen mit insgesamt sieben Vollzeitäquivalenten (14 IK) für die gesamte Schule.

Pädagogisch wirksam, präventiv gedacht

Die Schulleitung der Greta-Fischer-Schule zieht eine durchweg positive Bilanz. Schulleiterin Viktoria Ledermann betont: „Das DIPiK-Konzept wirkt präventiv. Kinder erhalten frühzeitig Unterstützung, bevor größere Probleme überhaupt entstehen können. Das stärkt die Klassengemeinschaft und hilft uns, Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.“

Eine extern beauftragte Evaluation belegt diesen Eindruck: Durch die konstante Präsenz der Integrationsfachkräfte (IK) entsteht eine lernförderliche Atmosphäre, die über das einzelne Kind hinaus Wirkung zeigt. Auffälliges Verhalten, emotionale Krisen und Rückzugsverhalten nehmen ab – nicht zuletzt, weil die Fachkräfte flexibel reagieren und sowohl individuell als auch gruppenbezogen unterstützen.

Auch die enge Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Integrationsfachkräften wird als entscheidender Erfolgsfaktor gesehen. Klassenlehrerin Annette Pi-

Greta-Fischer-Schule (GFS), Sonderpädagogisches Förderzentrum Dachau

Zielgruppe der GFS sind Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz im Landkreis Dachau, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung haben. Der Schulalltag zeichnet sich durch folgende Besonderheiten aus: Unterricht in kleinen Klassen, entwicklungsbegleitender Unterricht, individuelle Förderung, Stärkung des Selbstwertgefühls, einführender Umgang, gezielter Aufbau von Lernkompetenzen, Kulturschule: Projekte aus den Bereichen Malerei, Tanz, Film, Theater, Literatur, Sport.



scheltsrieder berichtet: „Wir stimmen uns jeden Morgen kurz ab. Das erleichtert die Planung und bringt eine neue Qualität in die Unterrichtsarbeit. Wir sind schnell ein eingespieltes Team geworden und Sina Emerich bringt sich optimal ein, ohne den Ablauf zu stören. Damit ergänzt und bereichert sie den Unterricht.“

Zwei konkrete Beispiele aus dem Unterrichtsalltag zeigen das gut: Bei einer Gruppenarbeit fällt ein Schüler mit Unterstützungsbedarf emotional aus der Rolle. Statt die Gruppe zu verlassen



Viktoria Ledermann, Schulleitung der Greta-Fischer-Schule in Dachau

oder die Lehrkraft zu unterbrechen, kann die IK direkt eingreifen, beruhigen und integrieren – die Gruppe arbeitet weiter, der Junge bleibt eingebunden. Die Lehrkraft teilt die Gruppe so ein, dass die IK die Kinder unterstützt, denen die Aufgabenstellung schwerer fällt. Die Kinder bleiben motiviert und kommen ebenfalls zügig zu einem Ergebnis.



Gruppenarbeit mit Unterstützung der Integrationskraft

Inklusion, die verbindet – auch über den Einzelfall hinaus

Bemerkenswert ist dabei, dass **nicht nur Kinder mit Förderbedarf vom Modell profitieren**. Laut externer Evaluation erleben auch Kinder ohne Eingliederungshilfe die Integrationsfachkräfte als durchweg positiv. Dieses inklusive Verständnis spiegelt sich auch in den Rückmeldungen der Lehrkräfte wider. Besonders betont wird der Zugewinn an Ruhe, Struktur und sozialem Zusammenhalt in den Klassen. Die Fachkräfte sind fester Bestandteil des Schulteams, nicht punktuelle Einzelhelfende.

Die Zusammenarbeit mit den Eltern konnte im Laufe der Projektlaufzeit ebenfalls vertieft werden. Bei der zweiten Evaluation im Schuljahr 2024/25 war die Beteiligung der Erziehungsberechtigten fast dreimal so hoch wie im Vorjahr. Die Mehrheit der Eltern befürwortet das Modell – rund ein Drittel wünscht sich eine noch klarere Kommunikation im Vorfeld. Hier sieht die Schule Potenzial zur Weiterentwicklung.

Jugendhilfe mit Weitblick – und finanzieller Intelligenz

Auch aus Sicht des Dachauer Jugendamts ist DIPiK ein Meilenstein. Dupinder Mohan, Abteilungsleiterin im

Amt für Kinder, Jugend und Familie, bringt es auf den Punkt: „Wir können mit dem DIPiK-Modell nicht nur pädagogisch mehr bewirken, sondern auch gezielter Haushalten. Eine Win-Win-Situation für Schüler und den Landkreis.“

Mit dem Pilotprojekt wurde im Frühjahr 2023 ein innovativer Ansatz zur Förderung schulischer Inklusion am sonderpädagogischen Förderzentrum Greta-Fischer-Schule eingeführt. Ziel war es, die Schule schrittweise mit einem festen Pool an IK auszustatten, um künftig vollständig auf Einzel-Schulbegleitungen nach § 35a SGB VIII verzichten zu können.

Zur Umsetzung wurde in Kooperation mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie ein freier Träger als Leistungserbringer beauftragt. Das Projekt startete zum Schuljahr 2023/24 mit vier qualifizierten Teilzeit-Fachkräften (z.B. Erzieherinnen, Heilpädagogen), die jeweils am Vormittag in einer Klasse der Jahrgangsstufen 1-4 tätig sind.

Zentrale Merkmale und Ziele:

- **Inklusive Förderung:** Der Fokus liegt auf einer klassenbezogenen Unterstützung, nicht auf individueller Betreuung. Die Integrationsfachkräfte wirken stabilisierend auf das soziale Miteinander, fördern die Selbstwirksamkeit aller Kinder und entlasten zugleich das Lehrpersonal.
- **Nachhaltigkeit und Systematik:** Im Unterschied zu Einzelbegleitungen ermöglicht das Modell eine verlässliche und kontinuierliche Unterstützung im Klassenteam – unabhängig von Diagnosen.
- **Evaluation und Steuerung:** Die Fachkräfte sowie der Träger wurden aktiv in die begleitende Evaluation eingebunden, um eine evidenzbasierte Weiterentwicklung sicherzustellen.

Das DIPiK-Projekt ist ein strategischer Beitrag zur strukturellen Stärkung inklusiver Bildung und zur effizienteren Ressourcennutzung im Jugend- und Bildungssystem. Ziel war ein Modell, das die Schule, das Jugendamt und der Träger gemeinsam tragen – für mehr Teilhabe, bessere Bildungschancen und einer Entlastung aller beteiligten Systeme. Neben der pädagogischen Arbeit waren die Fachkräfte und der Träger auch aktiv in die begleitende Evaluation des Projekts eingebunden.



Landrat **Stefan Löwl** ist überzeugt vom eingeschlagenen Weg: „DIPiK ist kein kurzfristiges Sparmodell, sondern ein langfristig durchdachtes System mit echter Wirkung. Von der Umsetzung profitieren alle Beteiligten. Ich lade andere Landkreise ein, sich dieses Win-Win-Win-Beispiel anzusehen – und vielleicht selbst neue Wege zu gehen.“

DIPiK als Blaupause – eine Einladung zum Nachahmen

Der Landkreis Dachau ist mit DIPiK Vorreiter. Das Bayerische Kultusministerium und der Bezirkstag sehen in der strukturellen Poollösung die Zukunft der Eingliederungshilfe an Förderschulen. Im März 2025 wurde eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet, die auf die Erkenntnisse aus Projekten wie DIPiK aufbaut.



Landrat Stefan Löwl zieht eine positive Bilanz.

DIPiK auf einen Blick

Projektname: Dachauer Integrationsprojekt in Klassen (DIPiK)

Start: Schuljahr 2023/24

Ort: Greta-Fischer-Schule, Dachau

Träger: Kinderschutz e.V.

Projektkoordinierung: Jugendhilfeplanung, LRA DAH

Modellumfang:

- 2023/24: 4 Teilzeit-İK in 4 Klassen
- 2024/25: 6 Teilzeit-İK (3 VZÄ)
- Ab 2025/26: 7 VZÄ für die gesamte Schule

Ersetzte Schulbegleitungen: 11 Einzelfallhilfen

Evaluation: Zwei Projektjahre evaluiert (2023/24 durch Akademie CAP, 2024/25 durch die Verwaltung)

Teilnehmende zweite Evaluation: 92 Personen

Kosten Schulbegleitungen (2024/25): 551.963 Euro

Kosten DIPiK (2024/25): 267.398 Euro

Geplante Kosten DIPiK (2025/26): 679.488 Euro

Einsparung (2025/26): ca. 140.000 Euro

(LRA Dachau)

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung – Erfolgreiche Umsetzung durch übergreifende Kooperation

Von Hans-Peter Deifel (Bgm. Weihmichl, Zweckverbandsvorsitzender), Thomas Weinzierl (Strategische Gesamtleitung Kreisjugendamt Landshut), Christine Deininger (Planerische Leitung, Kreisjugendamt Landshut)

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder ist seit dem 1. August 2021 in Deutschland gesetzlich verankert und stufenweise ab 2026 umzusetzen. Das Gesetz zielt darauf ab, Eltern eine verlässliche, ganztägige Betreuung ihrer Kinder zu bieten, welche über den regulären Schulunterricht hinausgeht (Werkstags; max. bis zu 8 Std.). Dies umfasst sowohl die Nachmittagsbetreuung als auch eine ganztägige Ferienbetreuung (max. 20 Schließtage pro Jahr). Dieser „neue“ Rechtsanspruch stellt, insbesondere im Hinblick auf eine bedarfsdeckende Bereitstellung von Betreuungsplätzen, eine signifikante Herausforderung für die Kommunen dar. Darüber hinaus wurden bis dato diverse grundlegende Fragestellungen zur weiteren Umsetzungsplanung seitens der Kommunen, Schulämter und öffentlichen Jugendhilfeträger, noch nicht hinreichend beantwortet. Dessen ungeachtet hat sich der Landkreis Landshut, in enger Zusammenarbeit mit kommunalen Hauptakteuren, auf den Weg gemacht, eine realistische Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung voranzutreiben.

Kommunale Zusammenarbeit und Kooperation im Landkreis Landshut

Im Rahmen einer gegründeten Strategiegruppe unter Beteiligung von Bürgermeistern, Vertretern des Schulamtes und wechselnden, themenbezogenen Beratern wurden Planungen vorbesprochen, angeglichen und auf ihre Praxistauglichkeit geprüft. Regelmäßige Abstimmungen zwischen den Gemeinden, dem Schulamt und dem öffentlichen Jugendhilfeträger ermöglichen die frühzeitige Erkennung von Bedarfen sowie die Einleitung der entsprechenden Maßnahmen. Eine enge Kooperation mit dem Schulamt ist zudem unerlässlich, um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung effektiv umzusetzen. Das Schulamt und die Schulen spielen eine zentrale Rolle bei der Planung und Organisation der schulischen Ganztagsangebote. Darüber hinaus kann das Schulamt als Vermittler zwischen den Schulen und den Trägern der Ganztagsbetreuung fungieren, was eine bessere Integration der Betreuungsangebote in den Schulalltag ermöglicht und wiederum die Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften und dem Betreuungspersonal fördert.

Ogleich die Betreuung während bzw. nach dem regulären Unterricht durch kleinere Anpassungen der bekannten Betreuungsmöglichkeiten und dem Ausbau von Platzkapazitäten umgesetzt werden kann, bedarf es bei der Planung und Umsetzung der Ferienbetreuung einer umfangreicheren Modifikation.

Ganztägige Ferienbetreuung

Die Gestaltung der Ferienbetreuung stellt eine besondere Herausforderung dar, da sie in vielen Landkreisen nicht in gleichen Maßen wie die Nachmittagsbetreuung ausgebaut und bisher, als freiwilliges Angebot, an die Gemeinden angebunden ist.

Um den Rechtsanspruch auch in den Ferien erfüllen zu können, braucht es mitunter vor allem im ländlichen Raum innovative Konzepte, welche die Ressourcen in der Kommune schonen und gleichzeitig dem Betreuungsbedarf der Eltern gerecht werden. So wurde im Landkreis Landshut dort, wo noch Informationen oder Handlungsrichtlinien fehlten, Pionierarbeit geleistet und Lösungsvorschläge erarbeitet, um die Zeitschienen im Hinblick auf die Einführung des Rechtsanspruches einzuhalten.



(Quelle: LRA Landshut)

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist dabei die kommunale Zusammenarbeit. Durch die Bündelung von Ressourcen und Kompetenzen können Gemeinden innerhalb eines Landkreises Synergien nutzen sowie gemeinsam eine bedarfsdeckende Betreuung sicherstellen. Dies kann beispielsweise

durch die gemeinsame Planung, Bereitstellung und Finanzierung von Betreuungsangeboten in den Ferien erfolgen.

Hierbei ist die Bildung von Kooperationsverbänden, innerhalb der Möglichkeiten des Gesetzes, zur kommunalen Zusammenarbeit (KommZG) mehrerer Gemeinden sehr gewinnbringend. Diese Verbände ermöglichen es, die vorhandenen Kapazitäten, vor allem zur Sicherstellung der Ferienbetreuung, besser zu nutzen und ein vielfältiges bedarfsdeckendes Betreuungsangebot zu schaffen. Zudem bietet die gemeindeübergreifende Kooperation eine facettenreiche Qualitätssteigerung.

Durch die strukturellen Gegebenheiten des Landkreises Landshut hat sich als empfehlenswerte Bündelung die Bildung eines „Kleeblatts“ erwiesen. Auf diese Weise findet sich eine Homogenität im Zusammenschluss von einwohnerstärkeren und kleineren Gemeinden. Zudem werden wegweisende Handlungsleitlinien, wie etwa die maximal zumutbare Fahrzeit aus dem Bereich der Kindertagesbetreuung, angewandt. Die Umsetzung selbst unterliegt dabei dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und wird vom öffentlichen Jugendhilfeträger durch explizite Fachberatung begleitet sowie durch individuelle Entwicklung digitaler Planungs- und Steuerungstools proaktiv unterstützt. Im nordwestlichen Landkreis gibt es dabei bereits die ILE Holledauer Tor, die aus einem Zusammenschluss von sieben Kommunen entstanden ist.

Bereits seit dem Jahr 2022 bietet dieser Zweckverband eine dreiwöchige Betreuung in den Sommerferien an. Der Ursprung war die an einige Bürgermeister herangetragene Bitte, eine solche zu installieren. Vorhergehende Versuche, eine solche in einzelnen Gemeinden zu etablieren, scheiterten an der bislang zu geringen Nachfrage. Durch die Bündelung in der ILE, mit derzeit über 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, sollte sich so eine notwendige Teilnehmerzahl leichter darstellen lassen. Gestartet wurde mit einer Bedarfsab-



HOLLEDAUER TOR

GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER

(Fotos: ILE Holledauer Tor)





frage, welche im Ergebnis die Erwartungen zu decken schien. Deshalb wurde erstmals im Jahr 2022 entsprechendes Personal und geeignete Räumlichkeiten gesucht. Letztere fanden sich bisher immer in den Bestandsgebäuden von Mitgliedskommunen. Anfangs wurde ein Mittagessen organisiert, welches inzwischen jedoch von einem durch die ILE gestellten Obst- und Gemüsekorb ersetzt wurde. Weitere Verpflegung wird den Kindern seitens der Eltern mitgegeben. Die Kinder werden von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr gegen eine Tagespauschale in Höhe von derzeit 20 € betreut, wobei die Buchungszeit frei wählbar ist. Es werden verschiedene Aktivitäten unternommen. Zum Beispiel wird gemeinsam gebastelt, gespielt oder Sport getrieben, wobei der Spaß im Vordergrund steht. Gemäß dem Motto der ILE „Gemeinsam sind wir stärker“ konnte so unbürokratisch und schnell eine große Unterstützung für Eltern ohne Betreuungsalternativen geschaffen werden. Die ILE Holledauer Tor wird auch gemeinsam die Lösung des Ganztagsbetreuungsanspruchs angehen.

Die Gestaltung der Ferienbetreuung im kommunalen Verbund bietet, neben einer Vielzahl rechtsanspruchs-

erfüllender bzw. bedarfsdeckender Angebote, v. a. die größtmögliche Flexibilität im Ressourceneinsatz und somit wiederum die Wahlmöglichkeit für Eltern, das individuell passende Betreuungsangebot für ihr Kind zu finden.

Fazit

Durch eine enge und zuständigkeitsübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, den Schulen, dem Schulamt sowie dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe können bedarfsdeckende und v.a. vielseitige Betreuungsangebote geschaffen werden.

Das Erfolgsmodell einer zuständigkeitsübergreifenden Kooperation ist weiter auszubauen, da sich dadurch auch andere gesetzliche Vorgaben unbürokratischer und damit schneller, ressourcenschonender als auch v.a. maximal bürgerfreundlich umsetzen lassen.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bietet demnach sowohl Herausforderungen als auch ein großes Chancenpotential für gelingende bürgerorientierte Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

Künstliche Intelligenz in der Jugendhilfe: Landkreise Augsburg und München starten Pilotprojekt „JuKI 1.0“

Digitalisierung der Verwaltungsprozesse soll Fachkräfte entlasten und Effizienz steigern

Mit einem Auftakt-Workshop im Landratsamt Augsburg haben die Landkreise Augsburg und München gemeinsam mit IBM ein wegweisendes Digitalisierungsprojekt in der wirtschaftlichen Jugendhilfe gestartet: Im Mittelpunkt steht das KI-gestützte Assistenzsystem „JuKI 1.0“, das Sachbearbeitende bei der Bearbeitung komplexer Fälle unterstützen und entlasten soll.

Ziel des Zusammenkommens war es, die Anforderungen an die erste Version von JuKI zu priorisieren, eine Meilensteinplanung für die Einführung zu entwickeln und die nächsten Schritte für den Pilotbetrieb abzustimmen. Fachkräfte der Jugendhilfe, IT-Expertinnen und Projektverantwortliche beider Landkreise arbeiteten gemeinsam mit Expertinnen und Experten von IBM an der Weiterentwicklung der Lösung.

Durchgängig digital

„JuKI 1.0“ wird künftig unter anderem die automatische Dokumentenerkennung, die Extraktion relevanter Informationen, die Berechnung von Kostenbeiträgen sowie die Erstellung von Anhörungsschreiben unterstützen. Durch die geplante Integration in bestehende Fachverfahren und die elektronische Akte entsteht ein

„Die Künstliche Intelligenz kann uns dabei helfen, den steigenden Anforderungen und der zunehmenden Bürokratie in unseren Verwaltungen zu begegnen. Wenn Routineaufgaben künftig digital unterstützt werden, bleibt mehr Zeit für das Wesentliche – für schwierige Entscheidungen und vor allem für den Menschen. Gerade im sensiblen Bereich der Jugendhilfe ist das von besonderer Bedeutung“, freut sich Landrat Christoph Göbel, München, über das gemeinsam entwickelte wegweisende Instrument.

durchgängiger digitaler Prozess. Die Besonderheit: JuKI basiert auf einem KI-Ansatz, der mit natürlicher Sprache arbeitet, dabei jedoch bewusst die Entscheidungsverantwortung bei den Mitarbeitenden belässt. Der Fokus liegt auf Qualifizierung und Unterstützung, nicht auf Automatisierung.

Besonders hervorzuheben ist die enge Kooperation mit dem Landkreis München, der als Projektpartner aktiv in die Entwicklung eingebunden ist. Beide Landkreise werden das System im Rahmen eines gemeinsamen Pilotbetriebs einführen und evaluieren. Die aus dem Pilotprojekt gewonnenen Erkenntnisse sollen in eine landesweite Skalierung der Lösung einfließen.

Interkommunal innovativ

„Mit JuKI schaffen wir eine moderne, digitale Unterstützung für unsere Mitarbeitenden in der Jugendhilfe. Die Kooperation mit dem Landkreis München zeigt, wie interkommunale Zusammenarbeit Innovationen vorantreiben kann“, betont Landrat Martin Sailer. Die Veranstaltung markierte den Startschuss für die nächste Projektphase. Im Fokus stehen nun die Umsetzung der priorisierten Anforderungen, die technische Vorbereitung des Pilotbetriebs sowie die Abstimmung mit relevanten Stakeholdern. Die Einführung von JuKI 1.0 ist für Ende des Jahres vorgesehen.

(LRA Augsburg)



V. l. n. r.: Lalita Seidenschwang (IBM), Sinan Özgün (IBM), Kerstin von Ahnen (IBM), Stefan Wenkheimer (Leitung Digitalisierung im Landratsamt Augsburg) und Landrat Martin Sailer waren bereits bei der Vorstellung des JuKI-Piloten im April überzeugt vom Potenzial dieses Projekts. (Foto: Carola Kirasic)

Kreistag gibt grünes Licht für das Berufliche Schulzentrum Lindau: Deutliche Mehrheit für Neubau – ein Meilenstein für Bildung und Fachkräftesicherung

Der Kreistag des Landkreises Lindau (Bodensee) hat mit großer Mehrheit den Neubau des Beruflichen Schulzentrums Lindau beschlossen. Damit wurde der Startschuss für das bislang größte Hochbauprojekt in der Geschichte des Landkreises gegeben – ein starkes Signal für zukunftsfähige Bildung, Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Verantwortung. „Mit dem Beschluss steht dem Neubau nichts mehr im Weg. Wir schaffen die baulichen Voraussetzungen für moderne berufliche Bildung und sichern langfristig die Ausbildungsqualität im Landkreis“, betonte Landrat Elmar Stegmann.

Bildung stärken – Standort sichern

Auch die heimische Wirtschaft unterstützt das Projekt ausdrücklich. Der Neubau des BSZ wird als bedeutender Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Westallgäu/Bodensee gesehen.

„Der Neubau ist ein Versprechen an unsere jungen Menschen: Ihr bekommt die bestmöglichen Voraussetzungen für Eure Ausbildung – modern, praxisnah und zukunftsorientiert. Gleichzeitig senden wir ein starkes Signal an unsere Ausbildungsbetriebe, die auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen sind“, so Landrat Elmar Stegmann.

Die Entscheidung basiert auf einer umfassenden Analyse: Bereits 2018 hatte der Landkreis mit der Entwicklung des Projekts begonnen. Grundlage war eine Machbarkeitsstudie der Büros Meixner + Partner und Krug Grossmann, die dem Kreistag Ende 2019 vorgelegt wurde. Die Studie kam zu dem klaren Ergebnis: Eine Sanierung oder Teilsanierung des Bestandsgebäudes ist wegen schwerwiegender baulicher Mängel und instabiler Gründung nicht möglich. Auch eine Weiternutzung des Gebäudes ist keine tragfähige Lösung, da das Gebäude aufgrund des schlechten Zustands nicht langfristig weitergenutzt werden kann. Die einzige zukunftsfähige Lösung ist ein Neubau.

„Mit dem neuen Beruflichen Schulzentrum stärken wir den Bildungsstandort Lindau dauerhaft – und machen ihn zu einem Leuchtturm für berufliche Bildung. Das ist aktive Standortpolitik mit Weitblick“, so Landrat Stegmann.

Nach pandemiebedingter Pause wurde das Projekt 2021 wieder aufgenommen. Die Vor- und Entwurfsplanung konnte 2025 abgeschlossen werden – sie bildete die Grundlage für die jetzige Kreistagsentscheidung.

58 Prozent Förderquote und ein Eigenanteil des Landkreises von rund 40 Millionen Euro

Der Landkreis erhält für das Projekt eine überdurchschnittliche Förderung nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) mit einer Quote von 58 Prozent – höher als ursprünglich kalkuliert.

Insgesamt fließen rund **45,95 Millionen Euro an staatlicher Förderung**, ergänzt durch eine **KfW-Förderung von 1 Million Euro** im Rahmen des Qualitätssiegels „Nachhaltiges Gebäude (QNG)“.

- **Gesamtkosten Schulneubau (ohne Turnhalle):** 87,2 Millionen Euro
- **Eigenanteil des Landkreises:** rund 40,2 Millionen Euro
- **Kostenreserve:** 10 % zur Absicherung gegen Preissteigerungen



„Wir haben großen Wert auf eine solide Finanzierung gelegt. Die Städte und Gemeinden im Landkreis dürfen auch künftig ihre Aufgaben verlässlich erfüllen können – dieser Verantwortung waren wir uns in jeder Phase bewusst“, erklärt Landrat Stegmann.

Dank planerischer Optimierungen und der Arbeit einer projektbegleitenden Arbeitsgruppe konnten bereits über **24 Millionen Euro an Einsparungen** realisiert werden.

Bewährtes Verfahren statt Generalübernehmer-Modell

Der Landkreis bleibt beim Verfahren der klassischen Einzelvergabe. Eine Vergabe an einen Generalübernehmer (GU) wurde bereits 2018 von der Regierung von Schwaben kritisch bewertet und auch im Gutachten der Planungsbüros klar abgelehnt. Höhere Kosten und längere Verfahren wären die Folge gewesen.

Angesichts bereits investierter 3,9 Millionen Euro in Planung und Projektentwicklung sowie der baulichen Dringlichkeit sieht die große Mehrheit im Kreistag keine Alternative zum eingeschlagenen Weg.

Turnhalle: Bauantrag in Vorbereitung – Interimslösungen gesucht

Vorbehaltlich der abschließenden Prüfung soll für eine neue Turnhalle ein separater Bauantrag gestellt werden. Derzeit stehen der Fach- und Berufsoberschule Lindau nur 25 von 45 benötigten Sportstunden zur Verfügung – zum Teil in externen Hallen, zum Teil über alternative Bewegungsangebote. Die Schulaufsicht hat diese Übergangslösung bislang genehmigt, eine dauerhafte Lösung bleibt jedoch erforderlich.

Das sind jetzt die nächsten Schritte:

- Einreichung des Bauantrages bei der Stadt Lindau
- Weiterführung der Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung)
- Vorbereitende Maßnahmen:
Abbruch der alten Turnhalle
Rückbau der Doppelhäuser
Teilabbruch der Kfz-Werkstatt mit anschließender Umsiedlung
- Verlegung des Bestandskanals und Errichtung einer neuen Trafostation

(LRA Lindau (Bodensee))



Neue Koordinationsstelle stärkt ehrenamtliche Vormundschaften im Landkreis Aschaffenburg

Der Landkreis Aschaffenburg hat eine eigene Koordinationsstelle für ehrenamtliche Vormundschaften eingerichtet. Diese Maßnahme ist Teil der Reform im Vormundschaftsrecht, die den Einsatz ehrenamtlicher Personen in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen in besonderen Lebenslagen verstärkt fördert.

Hintergrund

Es gibt Lebenssituationen, in denen Kinder und Jugendliche auf einen Vormund angewiesen sind. Eine Vormundschaft wird dann notwendig, wenn Eltern ihr Sorgerecht nicht mehr wahrnehmen können, beispielsweise bei Sorgerechtsentzug oder unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen.

Das Jugendamt übernimmt diese Aufgabe im Regelfall, doch die Reform im Vormundschaftsrecht hat den Fokus nun auf die Unterstützung durch Ehrenamtliche gelegt. Die Bestellung eines geeigneten Ehrenamtlichen ist dem Jugendamt in der Regel vorzuziehen.

Einrichtung der Koordinationsstelle

Die Jugendhilfe des Landkreises Aschaffenburg hat die Koordinationsstelle für ehrenamtliche Vormundschaften ins Leben gerufen und soll Ehrenamtliche in ihrer Tätigkeit begleiten, unterstützen und qualifizieren. Interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich vorstellen können, Kinder oder Jugendliche als Vormund zu betreuen, erhalten hier Schulungen und Beratung.

Die Stelle ist direkt an das Landratsamt angebunden, was eine enge Zusammenarbeit mit den Fachstellen und Gerichten ermöglicht. Kai Philipp ist Koordinator für die ehrenamtliche Vormundschaft und Pflegschaft im Landratsamt, war zuvor hauptamtlicher Vormund und ist aktuell selbst als ehrenamtlicher Vormund tätig. Damit gehört der Landkreis zu den Vorreitern in Bayern, die eine solche Stelle eingerichtet haben.

Engagement für junge Menschen

Für eine ehrenamtliche Vormundschaft ist grundsätzlich jede volljährige Person geeignet. Wichtig sind Engagement, Zuverlässigkeit und die Bereitschaft, sich langfristig einzubringen. Zudem sollten Interessierte offen für unterschiedliche Lebensweisen und Kulturen sein, mit Enttäuschungen umgehen können und Entscheidungen anderer respektieren. Für die Tätigkeit

„Wir suchen Menschen mit Herz, die Verantwortung übernehmen wollen und Freude daran haben, junge Menschen auf ihrem Lebensweg zu begleiten und bereit sind, sich für Kinder und Jugendliche stark zu machen, ihnen Halt und Orientierung zu geben sowie Wärme und Geborgenheit zu schenken“, betont Landrat Dr. Alexander Legler.

sind auch ausreichende Zeitressourcen notwendig, die mit Beruf und Familie vereinbar sein sollten. Vormünder unterstützen die Kinder und treffen dabei verantwortungsvolle Entscheidungen.

Vorteile für Kinder und Ehrenamtliche

Ehrenamtliche Vormünder kümmern sich meist nur um ein oder zwei Mündel, was eine intensivere Beziehung ermöglicht. Das fördert das Vertrauen und die Entwicklung der Kinder erheblich.

Als ehrenamtlicher Vormund übernimmt man eine verantwortungsvolle und zugleich sinnstiftende Aufgabe. Die Mühe lohnt sich für beide Seiten: Jungen Menschen, die durch verschiedene Lebensphasen gehen, Halt und Orientierung zu geben, ihnen ein Vorbild zu sein und zu sehen, wie sie Herausforderungen meistern und sich entwickeln, kann wahnsinnig erfüllend sein und man gewinnt selbst wertvolle Erfahrungen und Erkenntnisse.

Mit der Einrichtung der Koordinationsstelle setzt der Landkreis Aschaffenburg ein deutliches Zeichen für mehr Engagement und Verantwortung in der Betreuung junger Menschen. Die Stelle trägt dazu bei, qualifizierte Ehrenamtliche zu gewinnen, sie optimal für ihre Aufgabe vorzubereiten und zu begleiten. So wird sichergestellt, dass Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen die Unterstützung erhalten, die sie für eine stabile Zukunft brauchen.

(LRA Aschaffenburg)



Landkreisübergreifender Austausch über präventiven Hochwasserschutz an der Glonn: Zweckvereinbarung angedacht

Der Startschuss ist gefallen. Im Juli trafen sich Landrat Petz und sein Dachauer Amtskollege Stefan Löwl mit Bürgermeistern der Anlieger-Gemeinden beider Landkreise, den Kreisbrandräten Manfred Danner (Freising) und Georg Reischl (Dachau) sowie Vertreterinnen und Vertreter des Wasserwirtschaftsamts München im Großen Sitzungssaal des Landratsamts Freising zu einem landkreisübergreifenden Austausch über präventiven Hochwasserschutz an der Glonn. Und sie machten sich auf den Weg, um für künftige Fluten, die selbst ein kleiner Fluss wie die Glonn auslösen kann, besser gewappnet zu sein.

Die Bilder bleiben im Kopf. Anfang Juni 2024 hatte sintflutartiger Regen „die Glonn in ein Meer verwandelt“, wie es Landrat Petz ausdrückte. „Wir zwischen Allershausen und Hohenkammer waren ein großer Retentionsraum“, sagte Allershausens Bürgermeister Martin Vaas. Der heftigste Regen war seinerzeit im Landkreis Dachau niedergegangen, das angesammelte Wasser flutete zunächst die dortigen Ortschaften und kam später als Welle auch in Allershausen und Hohenkammer an. Deswegen entstand die Idee, die gesamte Glonn als Flussgebietseinheit zu betrachten und sich landkreisübergreifend Maßnahmen zu überlegen. Landrat Löwl bedankte sich bei Landrat Petz für diese Initiative, denn: „Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft und eines ist sicher: Hochwasser und Starkregen werden wiederkommen. Deshalb müssen wir handeln und uns vorbereiten. Klimaanpassung an Gewässern ist dabei eine gemeinsame, überörtliche Aufgabe: von Behörden, der gesamten Gesellschaft und jedem Einzelnen. Mit dieser Fachtagung haben wir einen wichtigen Schritt getan, um Akteure über Landkreisgrenzen hinweg zu vernetzen und gemeinsam gezielt Vorsorge zu treffen.“

„Schon das kleinste Rückhaltebecken kann etwas zum Hochwasserschutz beitragen“, sagte Stefan Homilius, Leiter des Wasserwirtschaftsamts München. Berechnungen seiner Behörde zufolge bräuchte es jedoch im Falle eines Starkregeneignisses wie im Juni 2024 beispielsweise rund 350 „klassische kommunale Becken“, um das Hochwasser so zu drosseln, dass es in Hohenkammer keine Schäden gebe. „Und das funktioniert auch nur, wenn es überall gleich viel regnet.“ Darum betonte Homilius: „Ohne weitere Schutzmaßnahmen vor Ort bringt das nicht den gewünschten Effekt.“ Und jeder muss sich auch privat vorbereiten.

Gemeinsames Handeln

Gemeinschaftliches Handeln ist nun auch der angestrebte Weg. „Wichtig ist, dass wir gemeinsame Sache machen“, sagte Mario Berti, Rathauschef aus Hohenkammer, und sprach damit den Anwesenden aus der Seele. Aus der Runde kam schließlich die Anregung, eine Zweckvereinbarung zu schließen und einen Solidaritätsfonds als finanzielle Grundlage einzurichten. Jede Gemeinde soll konkrete Vorschläge für Schutzmaßnahmen abgeben, deren Umsetzbarkeit und Priorisierung wiederum das Wasserwirtschaftsamt München oder ein zu beauftragendes Ingenieurbüro prüfen soll. Mit der richtigen Kommunikationsstrategie sollen die Bürgerinnen und Bürger in dem Prozess mitgenommen werden.

„Wichtig ist, dass wir jetzt schnell in die Umsetzung kommen“, betonte Landrat Petz. Er wandte sich an Homilius und wollte wissen, ob das Wasserwirtschaftsamt die Problemschwerpunkte entlang der Glonn herausarbeiten könne. „Wir wissen, wo es knirscht“, antwortete Homilius. „Und zwar dort, wo die Leute in gefährdete Gebiete hineinbauen.“ Grundsätzlich gelte es, Überschwemmungsgebiete von Bebauung freizuhalten.

Private Initiative gefragt

Im Übrigen waren sich alle einig, dass man einen 100-prozentigen Schutz niemals erreichen wird. Deshalb müssten die vom Hochwasser bedrohten Bürgerinnen und Bürger auch selbst aktiv werden und sich um ihren Eigenschutz kümmern – mit der richtigen Nutzung des Kellers („Früher stand da ein Sack Kartoffeln, heute

sind es hochwertige Heizungsanlagen und Computer.“), mit der Anschaffung von Sandsäcken, mit geeigneten baulichen Maßnahmen und mit einer entsprechenden Versicherung. Die beiden Landräte lassen klären, ob es für solche Eigenschutzmaßnahmen finanzielle Zuschüsse des Staates gibt.

Schon vor der Veranstaltung war der Landkreis Freising nicht untätig gewesen, wie Landrat Petz betonte. „Wir haben während der Krise ernsthaft in Erwägung gezogen, aktiv Dämme zu öffnen, damit das Wasser abfließen kann.“ Später wurden im Rahmen von Begehungen und Gesprächen Ideen in den Gemeinden gesammelt – von vielen kleinen Maßnahmen wie Entwässerungsgräben, Durchlässen unter Straßen oder Schutzwänden bis hin zur Schaffung von Retentionsflächen.

Verfahren müssen schlanker werden

Ein sehr konkreter Vorschlag kam von Markt Indersdorfs Bürgermeister Franz Obesser. Wenn man zwei Straßen, die senkrecht zur Glonn verlaufen, erhöhen würde, so Obesser, „könnten wir mehr als eine Millionen Kubikmeter Wasser zurückhalten“. Diese Maßnahme würde allen Anwesenden helfen, so seine Meinung. „Wenn wir das schnell, ohne großen Aufwand machen können, hätten wir auch schnell ein Ergebnis.“ Doch hier stoßen die Kommunen oftmals auf Hindernisse. Grundstücke stehen nicht zur Verfügung, Geneh-

migungen dauern lange. Ein ähnliches Problem schilderte Helmut Zech, der Bürgermeister von Pfaffenhofen an der Glonn: Man habe bereits Grundstücke erworben. „Ich hoffe auf den Gesetzgeber, dass wir problemlos landwirtschaftliche Flächen fluten dürfen, ohne große Planungen.“ Die notwendigen Verwaltungsverfahren müssten dringend schlanker werden, antwortete Landrat Petz. „Ich würde nicht auf den Gesetzgeber warten. Wir brauchen pragmatische Lösungen. Das Gesetz bietet viele Möglichkeiten, man muss nur kreativ sein“, sagte der erfahrene Jurist.

Der Anfang ist also gemacht. In einem Jahr wollen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in dieser Runde erneut treffen und ein erstes Fazit ziehen. Die Hoffnung ist, dass sich bei der nächsten Sturzflut das Wasser besser verteilt und keine Ortschaften überrollt.

Wesentliche Inhalte im Überblick

- Zusammenarbeit der Landkreise: z.B. auf der Grundlage einer Zweckvereinbarung
- finanzielle Grundlage: z.B. Solidaritätsfonds
- Problemschwerpunkte herausarbeiten
- Maßnahmen priorisieren und planen
- Schnell in die Umsetzung kommen
- Anreize für Eigenschutz schaffen
- Kommunikation

(LRA Freising)



Die beiden Landräte Helmut Petz und Stefan Löwl (Mitte) begrüßten die Bürgermeister der vom Glonn-Hochwasser betroffenen Kommunen.

Grenzenlose Möglichkeiten: Gemeinsam für eine starke bayerisch-tschechische Zusammenarbeit

Landrat Dr. Ronny Raith, Regen, und der Landtagsabgeordnete Dr. Stefan Ebner, Stimmkreis Regen, Freyung-Grafenau, haben kürzlich Prag besucht, um die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Bayern und Tschechien zu stärken. Dieser Besuch war nicht nur eine Gelegenheit, um bestehende Beziehungen zu festigen, sondern auch, um neue Perspektiven für die Zusammenarbeit zu eruieren.

Starke Partnerschaft mit alltäglichen Herausforderungen

Die Gespräche der beiden Vollblut-Kämpfer für den ländlichen Raum in der tschechischen Hauptstadt verdeutlichten, dass die deutsch-tschechische Partnerschaft auf einem soliden Fundament aus gegenseitigem Respekt und Wertschätzung steht.

„Diese Partnerschaft ist keine Selbstverständlichkeit. In der Grenzregion gibt es zahlreiche Herausforderungen, die nur gemeinsam angegangen werden können. Themen wie grenzüberschreitende Mobilität, wirtschaftliche Kooperation und Energiefragen bieten viel Potenzial für eine vertiefte Zusammenarbeit“, so Landrat Dr. Ronny Raith.

Obwohl die Beziehungen sich positiv entwickelt haben, gibt es hier und da Herausforderungen in der praktischen Umsetzung der Zusammenarbeit. Bürokratische Hürden und mangelnde Abstimmung führen dazu, dass gute Absichten ins Stocken geraten. Ein Beispiel hierfür ist die Anerkennung beruflicher Abschlüsse, die häufig noch problematisch ist. Auch beim Spracherwerb sind staatliche Programme wichtig, jedoch sind private Initiativen unerlässlich, um echten Fortschritt zu erzielen.

Erinnerungen an die Vergangenheit

Dr. Ebner reflektierte in den Gesprächen über die Entwicklung der bayerisch-tschechischen Beziehungen seit dem Fall der Mauer. Als Kind in der Grenzregion erinnerte er sich an die Unzugänglichkeit der östlichen Berge, was heute ganz anders ist.



V.l.: MdL Dr. Stefan Ebner, der damalige deutsche Botschafter Andreas Künne, Landrat Dr. Ronny Raith, Regen, Dr. Markus Ehm, Leiter Regionalbüro der Hanns-Seidel-Stiftung in Prag

„Durch Offenheit und Zusammenarbeit konnten alte Gräben überwunden werden. Die Wahrnehmung Tschechiens in Deutschland, insbesondere in Bayern, bleibt ein wichtiges Thema, das äußerst ernst genommen wird“, so der Landtagsabgeordnete.

Die Rolle der Hanns-Seidel-Stiftung

Die Hanns-Seidel-Stiftung, die den Austausch organisiert hat, spielt eine entscheidende Rolle in der Stärkung der Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien. Durch ihre Arbeit in Tschechien fördert sie den politischen und gesellschaftlichen Dialog und schafft Vertrauen im direkten Austausch der Menschen. Der persönliche Kontakt ist essenziell für ein engeres Zusammenwachsen und wird durch die Stiftung gefördert, indem sie Vertreter aus verschiedenen Bereichen zusammenbringt. Solche Begegnungen sind grundlegend für ein vereintes, friedliches und starkes Europa.

Ein gemeinsamer Schritt in die Zukunft

Der Besuch von Landrat Dr. Ronny Raith und MdL Dr. Stefan Ebner in Prag hat deutlich gemacht, dass es sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die deutsch-tschechische Zusammenarbeit gibt. Durch persönlichen Austausch und engagierte Initiativen kann die Zusammenarbeit weiter vertieft werden, um die Region zukunftsfähig zu gestalten.



V.l.: MdL Dr. Stefan Ebner, Landrat Dr. Ronny Raith

Niederbayerische Wächter der Landkreisfinanzen trafen sich in Deggendorf

Anfang Juni fand die turnusmäßige Tagung des Arbeitskreises der niederbayerischen Kreisrechnungsprüfer in Moos, Landkreis Deggendorf, statt. Auf Einladung des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Niederbayern, Landrat Sebastian Gruber, Freyung-Grafenau, kamen die Leiter der Kreisrechnungsprüfungsämter zusammen, um aktuelle Fachthemen zu erörtern. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen des Haushaltsrechts, Vergabe- und Beschaffungsprozesse in kreiseigenen Einrichtungen, die fortschreitende Digitalisierung und der Einsatz automatisierter Verfahren in der öffentlichen Verwaltung. Weitere Schwerpunkte waren die Themen Beihilfekosten externer Dienstleister, die rechtskonforme Abwicklung von Kassenaufgaben und Betätigungsprüfungen durch die Kreisrechnungsprüfungsämter.

Flächenmäßig größter Wasserversorger Deutschlands

Veranstaltungsort war das Verwaltungsgebäude des Zweckverbands Wasserversorgung Bayerischer Wald – Waldwasser – im Landkreis Deggendorf. Nach der Begrüßung durch den stellvertretenden Landrat des Landkreises Deggendorf, Josef Färber, und den Werkleiter des Zweckverbands, Hermann Gruber, tauschten

sich die Leiter der Kreisrechnungsprüfungsämter aus ganz Niederbayern zu einer Vielzahl aktueller Fachthemen aus. Zum Schluss der Tagung führte Werkleiter Hermann Gruber die Teilnehmenden durch die hochmoderne Anlage des Zweckverbands. Dabei erhielten die Kreisrechnungsprüfer eindrucksvolle Einblicke in die Abläufe zur Gewinnung und Aufbereitung von sauberem Trinkwasser in einem der flächenmäßig größten Wasserversorger Deutschlands.



Von links: Wolfgang Heil (Landratsamt Dingolfing-Landau, Sprecher), Karl-Heinz Fischer (Landratsamt Landshut), Petra Hengge (Landratsamt Rottal-Inn), Alexandra Schreiner (Landratsamt Freyung-Grafenau), Lt. Baudirektor Hermann Gruber, Franz Beyerl (Landratsamt Straubing-Bogen, Schriftführer), Wolfgang Burger (Landratsamt Kelheim) und Herbert Nothaft (Landratsamt Deggendorf)

Zukunft der Landwirtschaft im Klimawandel: Landkreis Bayreuth lädt zum Austausch ein

Auf Einladung von Landrat Florian Wiedemann fand Mitte Juli ein Informations- und Netzwerktreffen zur Zukunft der regionalen Landwirtschaft im Klimawandel statt. Im Zentrum der Veranstaltung standen die Herausforderungen, vor denen landwirtschaftliche Betriebe angesichts zunehmender Wetterextreme stehen, sowie mögliche Anpassungsstrategien.

Die Lenkungsgruppe Klimaschutz und Klimaanpassung des Landkreises Bayreuth informierte sich bei den Landwirtschaftlichen Lehranstalten Bayreuth über bereits festgestellte klimabedingte Schäden und laufende sowie geplante Maßnahmen zur Anpassung an die veränderten Bedingungen.

„Die Landwirtschaft ist besonders stark vom Klimawandel betroffen – zunehmende Trockenheit, Extremwetterereignisse und Überflutungen stellen große Herausforderungen dar“, betonte Landrat Wiedemann. „Mit unserem Klimaanpassungskonzept haben wir eine solide Grundlage geschaffen. Jetzt gilt es, den dringendsten Handlungsbedarf zu identifizieren und die Landwirtschaft bestmöglich zu unterstützen.“

Ziel der Veranstaltung war es, Fachleute aus der Landwirtschaft mit der Lenkungsgruppe des Landkreises zusammenzubringen, um Erfahrungen auszutauschen, erfolgreiche Maßnahmen vorzustellen und weitere Schritte zu diskutieren.

Klimawandel in der Region bereits spürbar

Klimaschutzmanager Bernd Rothammel stellte aktuelle Prognosen für das regionale Klima vor: steigende Durchschnittstemperaturen, mehr Hitzetage, weniger Frosttage und eine Zunahme von Starkregenereignissen. Die Folge: weniger pflanzenverfügbares Wasser in der Vegetationsperiode, erhöhte Erosionsgefahr und zunehmende Schäden durch Schädlinge und Extremwetter.

Friedrich Ernst vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bayreuth-Münchberg berichtete von be-

reits eingetretenen Ernteeinbußen in Franken – verursacht durch Trockenheit, Starkregen und Schädlingsbefall. Zudem seien lokal stark schwankende Niederschlagsmengen zu beobachten, was den Ernterfolg zunehmend unberechenbar mache.

Innovative Ansätze und regionale Initiativen

Vorgestellt wurden auch verschiedene Lösungsansätze: Die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft betreibt in Schwarzenau ein Forschungszentrum für Landwirtschaft in Trockenlagen. Johannes Beyer und Jakob Kunzelmann berichteten von ersten Anbauversuchen mit trockenresistenten Kulturen wie Körnerhirse, Schwarzkümmel, Sesam, Augenbohne und Erdnuss. Besonders vielversprechend sei die Kombination von Silohirse und Mais – vor allem in Trockenjahren, weil dann die Silohirse die Ernteverluste beim Mais teilweise kompensieren kann.

Daniel Spaderna vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken präsentierte die Initiative **boden:ständig**, die sich erfolgreich gegen Bodenerosion und Nährstoffeinträge in Gewässer engagiert. In rund 80 Projekten in Bayern – neun davon im Landkreis Bayreuth – entwickeln Landwirte praxisnahe Lösungen zur Bewältigung von Starkregen, Trockenperioden und Erosionsgefahr.

Amrei Schindelmann von der Unteren Naturschutzbehörde stellte die **Streubstallianz Bayreuth** vor. Diese Initiative setzt sich für den Erhalt und die Förderung von Streuobstwiesen ein, die in Zeiten des Klimawandels als Agroforstsysteme eine Renaissance erleben könnten. Sie bieten nicht nur Lebensraum für zahlreiche Arten und liefern dazu noch gesundes Obst in reicher Sortenvielfalt, sondern tragen auch zu Klimaschutz und Klimaanpassung bei. Seit 2021 zählt der Streuobstanbau zum immateriellen UNESCO-Kulturerbe.



Praktische Demonstrationen und Ausblick

Sebastian Thiem und Maximilian Arneth von den Landwirtschaftlichen Lehranstalten zeigten in der Bodenhalle moderne, bodenschonende Bearbeitungsmethoden. Vorgeführt wurden eine Cambridge-Walze mit voran laufendem Strohsriegel und ein flach schneidender Federzinkengrubber mit nachlaufendem Sriegel. Diese ermöglichen nach der Ernte eine ultraflache bodenschonende Bodenbearbeitung bzw. eine natürliche Unkrautbekämpfung ohne Totalherbizide. Eindrucksvoll war auch die Vorführung eines Starkregensimulators, der die Bedeutung von Bodenbedeckung zur Vermeidung von Erosion veranschaulichte.

Die Teilnehmenden bewerteten den Austausch als äußerst wertvoll. Sie sprachen sich für eine stärkere Vernetzung der Akteure sowie für eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit aus. Besonders betont wurden der Ausbau des integrierten Pflanzenbaus, vielfältige Fruchtfolgen zur Risikostreuung, die Schaffung von Rückhalteflächen für Niederschlagswasser sowie die Förderung von Humusaufbau und Biodiversität. Auch Forschung und Ausbildung im Bereich klimaangepasste Landwirtschaft sollen weiter gestärkt werden.

Die Lenkungsgruppe Klimaschutz und Klimaanpassung des Landkreises Bayreuth versteht sich als Multiplika-

tor und Ideenschmiede. Sie vereint Expertinnen und Experten aus Bildung, Forschung, Verwaltung, Landwirtschaft, Energieversorgung, Umweltorganisationen, Kommunen sowie aus dem Kreistag, der IHK und der HWK.

Weiterführende Informationen:

- Klimawebsite des Landkreises Bayreuth: <https://klima.landkreis-bayreuth.de>
- Forschungszentrum Landwirtschaft in Trockenlagen: www.lfl.bayern.de
- Landwirtschaftliche Lehranstalten des Bezirks Oberfranken: www.bezirk-oberfranken.de
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bayreuth-Münchberg: www.aelf-bm.bayern.de
- Streuobstallianz Bayreuth: www.streuobstallianz-bayreuth.de
- Initiative boden:ständig: www.boden-staendig.eu

Ansprechpartner:

Bernd Rothammel
Landratsamt Bayreuth
Markgrafenallee 5 - 95448 Bayreuth
Telefon: +49(921)728-340
E-Mail: bernd.rothammel@lra-bt.bayern.de

(LRA Bayreuth)



Bei einem Informations- und Netzwerktreffen bei den Landwirtschaftlichen Lehranstalten Bayreuth informierte sich die Lenkungsgruppe Klimaschutz und Klimaanpassung über klimabedingte Schäden sowie über laufende und geplante Anpassungsmaßnahmen.

Von links: Friedrich Ernst (AELF Bayreuth-Münchberg), Bernd Rothammel (Lkr. Bayreuth), Hartmut Stern (1. Bürgermeister Hollfeld), Rolf Wahner (VCD), Renate van de Gabel-Rüppel (Kreisrätin), Andreas Wild (Uni Bayreuth), Michael Schatz (Landwirt), Corinna Brauer (ILE Fränkische-Schweiz-Aktiv), Harald Köppel (BBV), Manfred Neumeister (Kreisrat), Harald Ott (Landwirtschaftliche Lehranstalten), Reinhard Wesinger (Geoteam Bayreuth), Dr. Johannes Lüers (Bund Naturschutz), Maximilian Arneth (Landwirtschaftliche Lehranstalten), Amrei Schindelmann (Lkr. Bayreuth)
(Foto: Gesa Thomas, Stadt Bayreuth)

Erfolgreicher Start der Heimvooorteil-Kampagne zur regionalen Energiewende

Seit dem Anpfiff der Kampagne rund um die Plattform www.heimvooorteil.de, einer Initiative, u.a. der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg sowie der Stadt Aschaffenburg, sind gerade erst sieben Monate vergangen und schon zeigen sich erste, nennenswerte Erfolge auf dem Spielfeld der regionalen Energiewende. Denn mit rund 17.000 Zugriffen auf die Website ist klar, das Interesse am Heimvorteil der Energiewende ist vorhanden und die Menschen in der Region sind bereit, beim Klimaschutz mit auf dem Feld zu stehen.

Die Plattform führt die Hauseigentümerinnen und -eigentümer mit einer interaktiven Klickstrecke direkt zum Elfmeterpunkt. Sie erhalten individuelle Angebote zur Beratung bei Fragen zu energetischer Sanierung, Fördermöglichkeiten sowie Finanzierung und finden für die Umsetzung spezialisierte Handwerksfachbetriebe – und das alles regional. Auf diese Weise gewinnen die Hauseigentümerinnen und -eigentümer nicht nur lokale Expertinnen und Experten als langfristige Team-Partnerinnen und -Partner direkt vor Ort. Zudem bleibt auch die Wertschöpfung am bayerischen Untermain.

Regional, unabhängig und neutral

Rund 50 Profi-Betriebe, die sich entsprechend spezialisiert haben und in der Region zu Haus sind, sind Teil der Kampagne. Für den Bereich der Finanzierung und Fördergelder ist die Sparkasse Aschaffenburg-Miltenberg zur Beratung Teil des Teams. Und für die Beratung zu den möglichen Maßnahmen selbst steht der VerbraucherService Bayern mit auf dem Feld. Die Stadt Aschaffenburg sowie die Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg stellen damit eine Elf, die unabhängig und neutral berät – frei von eigenen wirtschaftlichen Interessen. Unterstützt wird die Kampagne unter der Federführung der Energieagentur Bayerischer Untermain auch von den regionalen Energieversorgern sowie den Innungen für Sanitär-Heizung-Klimatechnik, Elektro- und Informationstechnik sowie den Kaminkehrerinnen und -kehrern.

Mythen entlarven und Fakten schaffen

Darüber hinaus räumt die Plattform mit Mythen rund um Wärmepumpen und Photovoltaik auf. Beispielsweise schließen sich Altbau und Wärmepumpe nicht kategorisch aus. Entscheidend sind die Vorlauftempe-

raturen, die im Zweifelsfall per Praxistest oder Berechnung im Rahmen einer Beratung überprüft werden können. Auch dass sich eine Beratung nur lohnt, wenn man sanieren möchte, bleibt ein Mythos. Ein umfassender Überblick zur Energieeffizienz der Immobilie hilft, auch kleinere Einsparpotentiale zu erkennen und bietet Grundlage für langfristige Entscheidungen. Zumal eine Erstberatung in den Beratungsstellen, per Telefon und online kostenfrei ist. Eine Beratung vor Ort kostet beim VerbraucherService 40 Euro, die im Landkreis Aschaffenburg beispielsweise ebenfalls übernommen werden.

(LRA Miltenberg)



QR-Code zum Heimvooorteil

Schwimmen lernen und so sicher ins Leben starten

Wie der Landkreis Rhön-Grabfeld mit Schwimmförderung und Schwimmhelferprogramm Kinder stärkt und Unfällen vorbeugt.

Beinahe jedes Kind ist eine geborene Wasserratte und liebt es, zu schwimmen, zu planschen und im Wasser zu spielen. Was nach unbeschwertem Vergnügen klingt, hat jedoch auch eine ernste Seite.

Denn jüngste Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Allein im vergangenen Jahr kamen laut Deutscher Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) 411 Menschen in Deutschland bei Badeunfällen ums Leben – ein Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren. Auch 2025 sind bereits Unfälle bekannt geworden, allein an einem Wochenende Ende Juni waren es mindestens 15 Badetote.

Umso wichtiger ist es, schon im Kindesalter die Grundlagen des Schwimmens zu erlernen. Das sorgt für Sicherheit, Selbstvertrauen und Bewegungsfreude.

Ein Erfolgsmodell: Schwimmförderung in Rhön-Grabfeld seit 2019

Der Landkreis Rhön-Grabfeld unterstützt seit 2019 aktiv die Schwimmausbildung. Die Schwimmförderung ist eine freiwillige Leistung. Die Schwimmkurse im Landkreis werden mit bis zu 50 Euro pro Kurs und Teil-

nehmerin beziehungsweise Teilnehmer bezuschusst. Schwimmlehrkräfte erhalten eine Förderung von bis zu 125 Euro pro Kurs als Aufwandspauschale für die Dokumentation und Kursabwicklung. Zudem soll damit die grundsätzliche Bereitschaft der Schwimmlehrkräfte zur Durchführung von Schwimmkursen im Landkreis honoriert werden.

In den Jahren 2023 und 2024 nahmen fast 600 Kinder in über 100 Kursen teil. Voraussetzung für die Förderung ist, dass Kursleiter anhand eines standardisierten Meldebogens nachweisen, dass bestimmte qualitative Kriterien erfüllt sind.

Schwimmen als Schlüsselkompetenz für Kinder

Schwimmen gilt als einer der gesündesten und vielseitigsten Sportarten. Es kräftigt Muskulatur und Ausdauer, verbessert die Koordination, steigert die Leistungsfähigkeit und stärkt das Immunsystem. Kinder lernen so, ihren Körper besser wahrzunehmen, ihre Grenzen einzuschätzen und in unterschiedlichen Situationen richtig zu reagieren.



Bei einem gemeinsamen Treffen im Schwimmbad von Bad Neustadt tauschten sich die ehrenamtlichen Schwimmhelferinnen und -helfer im Sommer 2025 aus. Worte des Dankes gab es von den Schirmherren, unter anderem Landrat Thomas Habermann (links) sowie von Bürgermeister und Schulamt: (Foto: Christian Hüther / Landkreis Rhön-Grabfeld)

Auch das Sozialverhalten profitiert. Im Wasser zu spielen, gemeinsam zu lernen und Erfolge zu erleben, schafft Bindung und Selbstbewusstsein.

Früher gehörte das Schwimmenlernen für viele Kinder zum Alltag – oft noch vor der Einschulung dank Eltern oder Großeltern als „Lehrkraft“. Heute kann jedes



Im Sportbad von Mellrichstadt fiel im Juni 2024 der Startschuss für das neue Schwimmhelferprogramm des Landkreises Rhön-Grabfeld. (Foto: Christian Hüther/Landkreis Rhön-Grabfeld).

dritte Kind im Grundschulalter nicht oder nicht richtig schwimmen. Gründe dafür sind unter anderem die Folgen von coronabedingten Badschließungen, der Wegfall von Schwimmunterricht und knappe kommunale Kassen, die vielerorts zur dauerhaften Schließung von Bädern geführt haben. Auch das digitale Zeitalter und deren Folgen sind ein Faktor, warum immer weniger Kinder schwimmen können.

Gute Rahmenbedingungen im Landkreis Rhön-Grabfeld

Im Landkreis Rhön-Grabfeld ist die Lage deutlich günstiger: Dank der Unterstützung von Städten und Gemeinden sind Badschließungen trotz schwieriger Haushaltslage aktuell kein Thema. Damit kann die Schwimmförderung ihre volle Wirkung entfalten.

Ziel ist, die Schwimmfähigkeit signifikant zu steigern und Schwimmunfälle zu verhindern. Und das egal ob im Unterricht, im Schwimmbad, am Badensee oder im privaten Pool.

Warum professionelle Schwimmkurse so wertvoll sind

In einem professionellen Schwimmkurs lernen Kinder das korrekte und fehlerfreie Schwimmen. Es ist von Vorteil, wenn ein Profi zur Seite steht, welcher das Kind unterstützen kann. Dadurch werden Fehler beim

Schwimmen direkt vom Anfang an korrigiert. Aber auch für die soziale Entwicklung ist ein professioneller Schwimmkurs essenziell: Gemeinsam schwimmen lernen und dabei noch neue Freunde kennenlernen.

Allgemein gilt Schwimmen als ein hervorragender Sport, um soziale Kompetenzen und Fähigkeiten aufzubauen. Nur selten sind Eltern und Kinder im Schwimmbad alleine. Es ist wichtig, dabei neue Freunde kennenzulernen und somit seine sozialen Fähigkeiten auszubauen. Das gemeinsame Schwimmen oder im Wasser spielen bringt Spaß und ermöglicht neue Bindungen.

Das Schwimmhelferprogramm: Unterstützung im Unterricht oder auch die „Helden am Beckenrand“

Seit 2023 ergänzt das Schwimmhelferprogramm die Bemühungen des Landkreises, die Schwimmfähigkeit

von Kindern zu erhöhen. Es richtet sich speziell an Grundschulen, in denen eine Lehrkraft im Schwimmunterricht nicht selten auch einmal 25 Kinder betreuen muss. Die Schirmherrschaft haben die einheimischen Spitzensportler Anna Lena Klee und Klaus Arnold (Teilnahme am Ironman-Triathlon auf Hawaii) sowie Landrat Thomas Habermann übernommen.

Unter dem Motto „Schwimm mit - werd' fit!“ unterstützen ehrenamtliche Schwimmhelferinnen und -helfer die Lehrkräfte bei der Wassergewöhnung, Technikübungen und der Begleitung im Schwimmbad. Sie sorgen für Sicherheit, Struktur und persönliche Betreuung. Für ihren Einsatz erhalten sie unter anderem die Bayerische Ehrenamtskarte.

Der Aufruf an engagierte Bürgerinnen und Bürger jedweden Alters war ein voller Erfolg: Derzeit sind 13 Ehrenamtliche nach einer speziellen Ausbildung zum Rettungsschwimmer und einem Erste-Hilfe-Kurs im Einsatz.



Die Schwimmhelfer sollen mit dazu beitragen, dass die Kinder im Becken allen Grund zum Strahlen haben. (Foto: Manuela Schroll)

Stimmen aus dem Schwimmhelferalltag

Die Rückmeldungen der Helferinnen und Helfer sind begeistert. Es bringe den Kindern und einem selbst unglaublich viel Freude, berichtet eine Helferin. Man sehe schon beim Ankommen im Hallenbad mit der Sporttasche im Schlepptau, wie sehr sie sich auf den Unterricht freuen.

Sie wissen, dass sie hier mutig sein können und Neues ausprobieren dürfen. Erfolge bekomme man unmittelbar und spürbar mit. Es bringe den Kindern sehr viel und bleibe eine Besonderheit, mit den Klassenkameraden gemeinsam schwimmen zu gehen.

Das Staatliche Schulamt Rhön-Grabfeld als ein Koordinator des Programms bezeichnet die Ehrenamtlichen inzwischen bereits als „unverzichtbar“ für den Unterricht. Weitere Grundschulen im Landkreis haben nach den positiven Erfahrungen ihr Interesse an Helfern angemeldet.



Neben Landrat Thomas Habermann haben die einheimischen Spitzensportler (Teilnahme am Ironman-Triathlon auf Hawaii) Klaus Arnold und Anna Lena Klee die Schirmherrschaft für das Schwimmhelferprogramm übernommen. (Foto: Bastian Reukauf)

Entstehung und Organisation

Vorbild für das Konzept war die Stadt Würzburg. Dank der Initiative der Fachberatung Sport im Landkreis Rhön-Grabfeld und der Unterstützung des Landratsamtes konnte das Programm auch hier vor Ort etabliert werden.

Eine Lehrkraft allein kann bei einer Klassengröße von 14 bis 28 Kindern nicht allen gerecht werden. Allen voran, wenn die Kinder über unterschiedliche Leistungsstände verfügen, manche gar noch Nichtschwimmer sind. Die Schwimmhelferinnen und -helfer ermöglichen durch ihren Einsatz gezielte Förderung, mehr effektive Schwimmzeit für jedes Kind und sichern zugleich die Aufsichtspflicht.

Landrat Thomas Habermann: „Es ist doch wunderbar, wenn ein Kind schwimmen kann, mit dem Wasser vertraut ist und stolz auf die ersten Erfolge ist.“

Damit die größte Überwindung nicht die vor dem Wasser ist

Mit der Schwimmförderung und dem Schwimmhelferprogramm setzt der Landkreis Rhön-Grabfeld ein starkes Zeichen für Sicherheit, Prävention und Bewegungsfreude. Die Kombination aus finanzieller Unterstützung, stabiler Bäderlandschaft und ehrenamtlichem Engagement macht den entscheidenden Unterschied. So wird dafür gesorgt, dass Kinder im wahrsten Sinne sicher ins Leben starten. Und, dass der mitunter größte „Bammel“ nicht der vor dem Wasser, sondern der vor der Dusche ist.

(LRA Rhön-Grabfeld)



Entspanntes und sicheres Planschen und der Aufenthalt im Wasser, das ist ein Ziel des Schwimmhelferprogramms im Landkreis Rhön-Grabfeld. (Foto: Annette Müller-Mann)

Fachgespräch Vielfalt: Demokratie braucht Diversität

Ende Juli haben das Landratsamt Nürnberger Land und die Beratungsstelle gegen Diskriminierung M.U.T. zum Austausch über Vielfalt, Menschenrechte und gesellschaftlichen Zusammenhalt eingeladen. Bei dem Fachgespräch unter dem Motto „Kommune für alle – Respekt vor Ort“ kamen Fachleute aus Politik, Verwaltung, Unternehmen und Beratungsstellen zusammen.

Faire Teilhabe

Den Auftakt bildete ein Impulsvortrag von Prof. Dr. Dr. Heiner Bielefeldt. Der Seniorprofessor und früherer Inhaber des Menschenrechtslehrstuhls der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg wies darauf hin, dass die Arbeit gegen Diskriminierung und Ausgrenzung den Grundlagen unserer Demokratie und des Grundgesetzes entspricht. Anhand konkreter Beispiele machte Bielefeldt deutlich, dass es nicht um Sonderrechte, sondern um faire Teilhabe gehe. Er sprach auch über die aktuellen starken Widerstände, die nicht nur in den USA gegen Vielfalt und Gleichberechtigung spürbar werden.

Diese Wahrnehmung teilten die anderen Gesprächsteilnehmenden, die für ihre jeweiligen Arbeitsfelder die Herausforderungen und Erfahrungen mit Antidiskriminierung und Gleichberechtigung schilderten. Anwesend waren Landrat Armin Kroder, MdL Felix Locke, Diakon Peter Barbian, Mitglied des Vorstands der Rummelsberger Diakonie, die Gleichstellungsbeauftragte der Rummelsberger Diakonie, Annemarie Schön, die Behindertenbeauftragte des Landkreises, Angelika Feisthammel, Integrationslotsin Dr. Carina Fiebich-Dinkel, Landratsamtsmitarbeiter Jan Meier, sowie Abyan Nur und Ludwig Šimek von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY).



Prof. Dr. Dr. Heiner Bielefeldt (rechts) hielt zum Auftakt einen Impulsvortrag. (links: Anja Wirkner, Gleichstellungsbeauftragte, Mitte: Armin Kroder, Landrat)



Die Teilnehmenden des Fachgesprächs im Landratsamt Nürnberger Land

Unterstützungsstrukturen gegen Diskriminierung und Benachteiligung

Moderiert wurde die Veranstaltung von der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises, Anja Wirkner und Dr. Nadja Kutscher von der mittel- und unterfränkischen Themenstelle gegen Diskriminierung (M.U.T.). Dr. Kutscher gab einen Einblick in ihre Arbeit: „Viele Menschen kommen in unsere Beratung, weil sie zum Beispiel aufgrund von Rassismus, wegen einer Behinderung oder ihrer Geschlechtsidentität benachteiligt wurden, sei es bei der Arbeit oder in der Freizeit. Wenn Menschen so etwas immer wieder passiert und sie keine Möglichkeit sehen, etwas dagegen zu unternehmen, verlieren sie das Vertrauen in die Gesellschaft

Landrat Armin Kroder betonte: „Die Notwendigkeit, gegen Diskriminierung vorzugehen, ergibt sich schon aus Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Der Landkreis macht hier schon sehr viel – doch es ist immer Luft nach oben.“

und den Staat. Das Mindeste ist dann, Unterstützungsstrukturen bereitzustellen.“ Die Beratungsstelle muss zum Jahresende aufgrund fehlender Finanzierung ihre Arbeit einstellen.

In der Gesprächsrunde wurde deutlich, wie wichtig der interdisziplinäre Austausch ist. Es wurden konkrete Vorschläge für Vernetzung und Zusammenarbeit angestoßen.

Hervorgehoben wurden etwa Schulungen für Führungskräfte oder soziale Unterstützungsangebote. Diskriminierung ist jedoch keineswegs ein Großstadthema, sondern findet überall statt. Besonders im ländlichen Raum fehlt es Betroffenen häufig an Netzwerken und stützenden Strukturen.

Der Termin war Teil der Veranstaltungsreihe „Kommune für alle – Respekt vor Ort“, die von Antidiskriminierungsberatungen in verschiedenen Kommunen und Landkreisen in Bayern durchgeführt wird. Organisiert hat ihn die Beratungsstelle M.U.T. (<https://beratung-mut.de/>) in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises.

(LRA Nürnberger Land)

kunststoffcampus bayern in Weißenburg: Von der Idee über die Gründung bis zur Neuausrichtung 2025

Der „**kunststoff**campus bayern“ in Weißenburg feiert in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen. Das Projekt, welches in der Amtszeit von Altlandrat Gerhard Wägemann verwirklicht wurde, machte Weißenburg zur Hochschulstadt und ebnete den Weg für neue berufliche Möglichkeiten – in einer Region, in der das Thema Kunststoff(verarbeitung) eine größere wirtschaftliche Rolle spielt als andernorts. In Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Deggendorf und der Hochschule Ansbach hat man im vergangenen Jahrzehnt zahlreiche Fachkräfte ausgebildet sowie den Technologietransfer in den ländlichen Raum gestärkt. Und trotzdem möchte man sich in Weißenburg nicht mit dem Erreichten zufriedengeben – und hat deshalb konkrete Zukunftspläne für eine teilweise Neuausrichtung des Campus noch in diesem Jahr.

Der **kunststoff**campus bayern ist eine bayernweit einmalige Bildungs- und Forschungseinrichtung, die berufliche Weiterbildung, akademische Studiengänge und angewandte Technologie kombiniert. Bislang wurde der Campus gemeinsam von der TH Deggendorf sowie der HS Ansbach als Kooperationspartner betrieben. Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der TH Deggendorf sowie die Studien- und berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten der HS Ansbach wurden dabei unter einem Dach gebündelt. Die Zielsetzung des Campus ist es bis heute, die Wettbewerbs- und Innovationskraft der regionalen Kunststoffindustrie zu stärken und hochqualifizierte Fachkräfte auszubilden. Treibende Kräfte zur Installation des Campus in Weißenburg waren seinerzeit Landrat Franz-Xaver Uhl sowie der heutige Altlandrat Gerhard Wägemann. Noch als Landtagsabgeordneter hatte Wägemann die Weichen für den **kunststoff**campus gestellt und die Umsetzung anschließend – als Landrat – aktiv unterstützt. Der Spatenstich für den Neubau im Industriegebiet Weißenburg fand am 27. September 2013 statt. Nach einer Bauzeit von etwa anderthalb Jahren konnte das neue Gebäude am 27. März 2015 offiziell eingeweiht werden. Der heutige Landrat Manuel Westphal begleitete diese Ereignisse als Landtagsabgeordneter.

Kunststoffregion Altmühlfranken: Praxisnahe Aus- und Fortbildung

Dass es in Altmühlfranken einen Bedarf nach angewandter Forschung und Lehre im Bereich Kunststoff gab und gibt ist unbestritten. Schließlich ist Kunststoffverarbeitung der wichtigste Industriezweig in der

Region. Zahlreiche Unternehmen aus diesem Bereich sind hier ansässig und produzieren hier. Da erscheint es nur sinnvoll, dass man in der Region auch darum bemüht ist, Wissen und Know-how an den Standort zu holen und auch dort zu halten. Die Kombination von theoretisch vermitteltem Wissen und einer praxisorientierten Anwendung spielte dabei von vornherein eine wesentliche Rolle in den Überlegungen.

Ein großer Fokus lag dabei von Beginn auch auf der berufsbegleitenden Weiterbildung auf Hochschulniveau. Egal ob als Weiterbildung oder als duales Studium bei einem Praxispartner direkt nach dem Abitur. So ermöglicht etwa seit 2013 der Bachelor-Studiengang „Angewandte Kunststofftechnik“ den berufsbegleitenden Erwerb eines Hochschulabschlusses im Bereich Kunststofftechnik. Fachlich breit aufgestellt und praxisorientiert bereitet das Studium auf einen vielfältigen Einsatz in der Kunststoffindustrie vor.

Ingenieurwissenschaftliche und betriebswirtschaftliche Grundlagen werden dabei mit Modulen zur Persönlichkeitsentwicklung und Profilmodulen ergänzt. Als weitere Ergänzung des Portfolios ist zudem seit Sommer 2025 der Präsenz-Masterstudiengang „Sustainability in Polymer Technology“ verfügbar. Vom Design, der Produktentwicklung und -prüfung über die Produktion hin zum nachhaltigen Recycling werden dort alle Bereiche der Polymertechnik abgebildet. Neben dem großen Fokus auf Kunststoff wird am Campus seit 2014 auch noch eine weitere Studienalternative geboten. Der berufsbegleitende Bachelor „Strategisches Management“ vermittelt relevante Inhalte für eine Ausbildung von qualifizierten Führungskräften des mittleren und oberen Managements. Die Bilanz des



Freuen sich über die Neuausrichtung des kunststoffcampus bayern in Weißenburg – Landrat Manuel Westphal und Altlandrat Gerhard Wägemann, der seinerzeit die Weichen für das Projekt gestellt hatte.

Studienzentrums kann sich sehen lassen: knapp 250 Studenten sowie 138 Absolventen – alle berufsbegleitend! Die genannten Studienangebote bieten Fachkräften aus dem Bereich Kunststoff sowie jungen interessierten Schulabgängern eine fundierte Aus- und Weiterbildung mit entsprechenden Zukunftsperspektiven in einer der größten Kunststoff-Regionen Deutschlands. So schafft man die Grundlage für innovative Entwicklungen und die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen aus der Kunststoffbranche sowie weiteren regionalen Branchen.

Teilweise Neuausrichtung ab 2025 – Investition in die Zukunft

Doch die Welt ist nicht stehen geblieben in den vergangenen zehn Jahren. Vor dem Hintergrund sich wandelnder technologischer und wirtschaftlicher Anforderungen sehen die Verantwortlichen nun den richtigen Zeitpunkt, den Campus gezielt weiterzuentwickeln. Die Neuausrichtung soll sicherstellen, dass der Campus auch künftig für zukunftsweisende Impulse für die Kunststoffindustrie und Nachwuchsförderung in der Region Altmühlfranken sorgen kann. Deshalb haben die Verantwortlichen am **kunststoffcampus bayern** in den vergangenen Monaten intensiv an einer Weiterentwicklung gearbeitet. Ab Herbst 2025 übernimmt die Hochschule Ansbach, die bereits das Studienzentrum verantwortet, auch die Leitung des Technologiezentrums – und damit die Gesamtverantwortung für den gesamten Campus. Diese Neuausrichtung stellt eine klare Investition in die Zukunft dar: für

die Sicherung von Fachkräften, die Stärkung regionaler Innovationskraft und die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaftsregion Altmühlfranken und darüber hinaus. Im Zuge der Neuaufstellung wird das Kompetenzprofil des Technologiezentrums geschärft und der Standort personell ausgebaut. Zentrale inhaltliche Säulen bilden künftig die beiden Kompetenzfelder „Smart Polymer Systems“ (z.B. für Medizintechnik oder Automotive) sowie „Protective Polymer Systems“ (z.B. für Medizin, Verteidigung oder Recycling). Dazu kommt eine gezielte personelle Verstärkung: Geplant sind u.a. zwei Professuren für Kunststofftechnik, eine Professur für nachhaltige Kunststofftechnik sowie eine für Analytik und Werkstoffkunde.

Landrat Manuel Westphal zeigte sich mit den Entwicklungsschritten der vergangenen Monate zufrieden: „Der kunststoffcampus bayern in Weißenburg wird mit dieser gezielten Neuausrichtung konsequent weiterentwickelt und sein Profil noch gezielter auf die Anforderungen unserer Region und der heutigen Zeit angepasst.“

Auch Altlandrat Gerhard Wägemann fand lobende Worte: „Es freut mich zu sehen, dass man am **kunststoffcampus** in Weißenburg auch bereit ist, sich weiterzuentwickeln. Mit dieser strategischen Neuausrichtung stellt der Campus frühzeitig die Weichen für künftige Herausforderungen in Technologie, Wirtschaft und Bildung.“

(LRA Weißenburg-Gunzenhausen)

Elektrobusse im Raum Pyrbaum/Postbauer-Heng: Der Landkreis Neumarkt i.d.OPf. setzt auf klimafreundliche Mobilität im ÖPNV

„Wir freuen uns, dass wir mit dem Einsatz der E-Busse ein Zeichen für nachhaltige Mobilität setzen können. Wir sind stolz darauf, als erster Landkreis im VGN diesen Schritt gegangen zu sein“, freute sich Landrat Willibald Gailler zusammen mit den ÖPNV-Verantwortlichen Michael Gottschalk und Isabel Meier, als Geschäftsführer Ernst und Ivonne Rupprecht von Arzt Reisen die neuen Elektrobusse und Ladeinfrastruktur auf dem Betriebshof in Seligenporten präsentierte.

Die Firma Arzt Reisen agiert als zuverlässiger Partner im Linienbündel 1 und bringt langjährige Erfahrung im regionalen Nahverkehr mit. Die neuen Busse bieten Platz für bis zu 80 Fahrgäste, verfügen über barrierefreie Einstiege und modernste Ausstattung. Auch die Reichweite der Fahrzeuge ist beeindruckend. Mit einer Ladung können die Busse bis zu 425 km zurücklegen – genug für einen reibungslosen Tagesbetrieb auf den Linien. Geladen wird überwiegend über Nacht am Betriebshof, sodass die Busse tagsüber durchgehend einsatzbereit sind.



Der Start der E-Busse im Linienbündel 1 ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verkehrswende im Landkreis. Weitere Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV sind bereits in Planung.

(LRA Neumarkt i.d.OPf.)

V.l.n.r. Ernst und Ivonne Rupprecht, Landrat Willibald Gailler, Isabel Meier, Michael Gottschalk (Foto: Michael Krejci)

Im Linienbündel 1 sind seit Mitte März erstmal vier vollelektrische Busse im Einsatz. Damit übernimmt der Landkreis eine Vorreiterrolle – sowohl innerhalb des VGN als auch in der Region. Das Linienbündel 1 umfasst die VGN-Linien 505, 506, 514, 516, 592 und 599, die vor allem den ländlichen Raum besser an zentrale Knotenpunkte anbinden sollen. Die vier E-Busse sind insbesondere auf der VGN-Linie 505 im Raum Postbauer-Heng und Pyrbaum im Einsatz und sorgen ab sofort für eine deutlich emissionsärmere und leisere Beförderung der Fahrgäste – ein Plus für Umwelt, Fahrkomfort und Lebensqualität in der Region.



13 Arbeitgeber warben im Jobcenter des Landkreises Regensburg um Fachkräfte in Pflege und Betreuung

Job-Speeddating brachte Unternehmen und Bewerbende im 20-Minuten-Takt zusammen

Kürzlich fand im Jobcenter des Landkreises Regensburg eine erfolgreiche Vermittlungsaktion statt: Insgesamt 13 Arbeitgeber aus den Bereichen Pflege, haushaltsnahe Dienstleistungen und Betreuung präsentierten sich rund 100 eingeladenen Bewerberinnen und Bewerbern im Rahmen eines gezielten Vermittlungsformats.

Die bereits sechste Aktion dieser Art wurde gemeinsam von den Wirtschaftsförderungen, dem Regionalmanagement sowie den Jobcentern des Landkreises und der Stadt Regensburg sowie der Agentur für Arbeit Regensburg organisiert. Ziel der Maßnahme war es, dem zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangel in diesen Berufsfeldern aktiv entgegenzuwirken und geeignete Bewerbende mit potenziellen Arbeitgebern zusammenzubringen.

In einem strukturierten Ablauf wurden die Teilnehmenden im 20-Minuten-Takt zu den beteiligten Unternehmen geführt, um persönliche Gespräche zu führen und sich direkt vorzustellen. Dieses Vermittlungsformat ermöglicht es beiden Seiten, in kurzer Zeit einen ersten Eindruck zu gewinnen und potenzielle Beschäftigungsperspektiven auszuloten.

„Die Sicherung von Fachkräften im sozialen Bereich ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Deshalb ist es wichtig, neue Wege in der Arbeitsvermittlung zu gehen und Arbeitgeber wie Arbeitssuchende aktiv zusammenzubringen. Solche Formate schaffen nicht nur Chancen, sondern auch konkrete Perspektiven – sowohl für die Menschen als auch für die Region,“ betonte Landrätin Tanja Schweiger.

Erstmals wurde im Vorfeld der Veranstaltung der vorbereitende JobCheck in Kooperation mit der *Gesundheitsregion^{plus}* Regensburg durchgeführt. Die Bewerbenden erhielten dort Informationen über verschiedene Berufsfelder in der Pflege, die erforderlichen Qualifikationen sowie Tipps zur Vorbereitung auf die Gespräche mit den anwesenden Unternehmen.



Landrätin Tanja Schweiger mit Projektbeteiligten (Foto: Köckritz/LRA Regensburg)

Die Resonanz auf das Job-Speeddating-Format war durchweg positiv – sowohl von Seiten der Unternehmen als auch der Teilnehmenden. Insgesamt fanden 157 Gespräche zwischen den knapp 100 Bewerberinnen und Bewerbern und den Arbeitgebern statt. Fast ein Drittel dieser Kontakte mündete bereits in eine Einladung zu einem weiterführenden Vorstellungsgespräch. Zudem wurden 25 Bewerbende zu einer erneuten Bewerbung aufgefordert – ein deutliches Signal für die Relevanz der Veranstaltung im Hinblick auf die berufliche Orientierung. Stand heute wurde eine Einstellung angeboten, weitere Gespräche befinden sich in der konkreten Anbahnungsphase.

Die Wirtschaftsförderungen des Landkreises und der Stadt, die Jobcenter sowie die Agentur für Arbeit planen, dieses erfolgreiche Format weiterhin regelmäßig anzubieten, um dem Fachkräftemangel nachhaltig entgegenzuwirken.

Kontakt für Rückfragen:

Landratsamt Regensburg – Wirtschaftsförderung

E-Mail: wirtschaftsfoerderung@lra-regensburg.de

Telefon: 0941/4009-593

Hintergrund:

Die gemeinsame JobChance ist Teil des Kooperationsprojekts „Steigerung der Arbeitsmarktpotenziale von ‚Stiller Reserve‘ und Geflüchteten“. Das Regionalmanagement-Projekt wird gefördert durch das Bayerische Ministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

(LRA Regensburg)



Unternehmer und Bewerber kommen direkt und unkompliziert zusammen beim JobSpeed-Dating im Landratsamt Regensburg. (Foto: Köckritz/LRA Regensburg)



Geburtstage



Am 26. Mai 2025 feierte Landrat **Stefan Frey** seinen 50. Geburtstag. Bevor Frey 2020 erstmals zum Landrat des Landkreises Starnberg gewählt wurde, stand er fast 20 Jahre im Dienst des Freistaats Bayern. Der Jurist begann seine Laufbahn bei der Regierung von Oberbayern 2002. Ab 2004 war er im Bayerischen Staatsministerium des Innern tätig, unter anderem als persönlicher Referent von Innenminister Joachim Herrmann, als Pressesprecher und zuletzt als Referatsleiter für innenpolitische Grundsatzfragen. Von 2014 bis 2020 war er Mitglied des Stadtrats der Stadt Starnberg. Seit 2020 bringt er seine juristische und politische Erfahrung im Ausschuss für Recht und Bildung beim Bayerischen Landkreistag ein.



Den 65. Geburtstag feierte Kreisrat **Günter Obermeyer** am 19. Juni 2025. Der gebürtige Nennslinger engagierte sich früh kommunalpolitisch: Von 1990 bis 1992 war er Mitglied des Marktgemeinderats Nennslingen. Im Anschluss übernahm er bis 2002 die Leitung der Verwaltungsgemeinschaft Nennslingen. Von Mai 2002 bis April 2020 war er Erster Bürgermeister des Marktes Nennslingen. Seit Mai 2008 gehört er dem Kreistag des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen an. Seit Mai 2020 ist er Stellvertretender Landrat des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen und Mitglied im Landesausschuss beim Bayerischen Landkreistag.



Landrat **Thomas Eberth** feierte am 3. Juli 2025 seinen 50. Geburtstag. Der gebürtige Unterfranke engagiert sich bereits seit fast 30 Jahren kommunalpolitisch. Bevor er 2020 erstmals zum Landrat des Landkreises Würzburg gewählt wurde, war er 12 Jahre Gemeinderat, 18 Jahre Kreisrat und von 2008 bis 2020 Erster Bürgermeister der Gemeinde Kürnach. Beim Bayerischen Landkreistag bringt er u.a. im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr seine breiten beruflichen Erfahrungen aus der Wirtschaft ein. Der Würzburger Landrat war vor seinem politischen Werdegang u.a. Consultant in einer renommierten Unternehmensberatung und bei der heutigen Schaeffler Group für Strategie zuständig. 2020 wurde ihm die Kommunale Verdienstmedaille in Bronze verliehen.
(Foto: ©Schmelz+Fotodesign)



Am 27. Juli 2025 wurde Landrat **Josef Laumer** 65 Jahre alt. Bevor Laumer 2014 erstmals zum Landrat des Landkreises Straubing-Bogen gewählt wurde, brachten ihn seine Einsätze für die bayerische Polizei unter anderem nach Würzburg, Nürnberg, Passau, München und Cham. Von 1996 bis 2014 war er bei der Kriminalpolizei Straubing. Die Politik begleitete sein Leben seit rd. 35 Jahren, so war er unter anderem Gemeinderat und Zweiter Bürgermeister in Stallwang, Kreisrat und stv. Landrat in Straubing-Bogen. Beim Bayerischen Landkreistag engagierte er sich u.a. seit 2014 in den Ausschüssen für Wirtschaft und Verkehr sowie Landesentwicklung und Umwelt.



Den 75. Geburtstag feierte Kreisrätin **Ingrid Heckner**, MdL a.D., am 31. Juli 2025. Die ehemalige Fachlehrerin und Hauptpersonalrätin im Kultusministerium hat sich bereits von 2003 bis 2018 als Abgeordnete im Bayerischen Landtag stark für die Interessen des ländlichen Raums und der bayerischen Landkreise eingesetzt. Insbesondere in ihrer Zeit als Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag hatte sie immer ein besonderes Gespür für die Notwendigkeiten der Praktiker vor Ort. Heckner ist seit 2020 Mitglied im Landesausschuss beim Bayerischen Landkreistag. Sie ist u.a. Trägerin des Bayerischen Verdienstordens.

Auszeichnungen



Landrat **Robert Niedergesäß** wurde am 7. Juli 2025 mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber für seinen jahrzehntelangen Einsatz ausgezeichnet. Von 1986 bis 2001 war er Gemeinderat in Vaterstetten, von 2001 bis 2013 Erster Bürgermeister der Gemeinde. Von 2002 bis 2013 war er Mitglied des Kreistags im Landkreis Ebersberg. Seit dem 1. Mai 2013 steht Robert Niedergesäß als Landrat an der Spitze des Landkreises Ebersberg. Auch über die Landkreisgrenzen hinaus ist er sehr engagiert: Seit dem 1. Januar 2024 ist er u.a. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern (AGFK Bayern). Beim Bayerischen Landkreistag ist er seit vielen Jahren in verschiedenen Ausschüssen vertreten – zunächst von 2013 bis 2020 im Ausschuss für Finanzen und Sparkassen, seit 2014 im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie seit 2020 im Landesausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.



Landrat **Michael Fahmüller** wurde am 7. Juli 2025 mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. Seine berufliche Laufbahn begann Michael Fahmüller 1987 bei der Sparkasse Rottal-Inn, wo er als Sparkassenfachwirt über viele Jahre hinweg tätig war. Parallel dazu engagierte er sich schon früh kommunalpolitisch: Von 2002 bis 2011 war er Erster Bürgermeister der Gemeinde Eggldorf. Seit 2011 steht er als Landrat an der Spitze des Landkreises Rottal-Inn. Auch im Bayerischen Landkreistag ist er seit vielen Jahren aktiv. Von 2011 bis 2014 war er Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Es folgten acht Jahre Mitgliedschaft im Ausschuss für Finanzen und Sparkassen (2014–2022). Zudem vertrat er die Belange der bayerischen Landkreise im Landesausschuss – zunächst von 2014 bis 2022 und erneut seit Juni 2023.



Landrat **Martin Neumeyer** wurde am 11. Juli 2025 mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Der gebürtige Abensberger blickt auf eine beeindruckende berufliche und politische Laufbahn zurück. 2003 wurde der bis dahin selbstständige Gastronom und Einzelhändler erstmals in den Bayerischen Landtag gewählt. Von 2009 bis Juli 2015 war er Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung. Von 1984 bis 2016 war Martin Neumeyer Stadtrat in Abensberg sowie Kreisrat im Landkreis Kelheim. Von 1998 bis 2003 war er zudem Bezirksrat in Niederbayern. Am 1. November 2016 wurde er zum Landrat des Landkreises Kelheim gewählt. Im Bayerischen Landkreistag gehörte er von 2016 bis 2020 dem Ausschuss für Recht und Bildung an. Seit 2020 ist er Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und seit 2022 Mitglied im Landesausschuss. Neben seinen politischen Ämtern engagiert sich Neumeyer u.a. in zahlreichen örtlichen und überörtlichen Vereinen.



Landrat **Thomas Bold** wurde am 11. Juli mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Landrat Bold engagiert sich seit fast vier Jahrzehnten kommunalpolitisch. Von 1990 bis 1996 war er Gemeinderat, von 1990 bis 2002 Kreisrat und vor seiner erstmaligen Wahl zum Landrat des Landkreises Bad Kissingen 2002, von 1996 bis 2002 Erster Bürgermeister der Gemeinde Wartmannsroth. Vor seinem Schritt in die Kommunalpolitik war er von 1980 bis 1996 im Polizeidienst und dabei zuletzt Dienstgruppenleiter. Beim Bayerischen Landkreistag engagiert er sich u.a. seit 2003 im Landesausschuss und seit 2013 im Ausschuss für Finanzen und Sparkassen. Davor war er 11 Jahre lang engagiertes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.



Landrat **Jens Marco Scherf** wurde am 11. Juli mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Schon bevor der Unterfranke 2014 erstmals zum Landrat des Landkreises Miltenberg gewählt wurde, war er kommunalpolitisch als Kreisrat (seit 2002), Stadtrat (2008) und 3. Bürgermeister engagiert. Hauptamtlich war er u.a. an verschiedenen Schulen im Landkreis Miltenberg tätig, bevor er 2006 Konrektor der Dr.-Konrad-Wiegand-Volksschule Klingenberg und 2008 Rektor der Verbandsschule Faulbach wurde. Beim Bayerischen Landkreistag war er u.a. stv. Vorsitzender im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt sowie von 2021 bis Anfang April 2025 dessen Vorsitzender und damit kooptiertes Mitglied im Präsidium.

Wahlen



Andreas Danzer wurde am 13. Juli 2025 mit 54,6 % der Stimmen in der Stichwahl zum **Landrat des Landkreises Traunstein** gewählt. Seine berufliche Laufbahn begann Andreas Danzer 1990 mit einer Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten im Landratsamt Traunstein. Dort war er anschließend bis 1995 als örtlicher Rechnungsprüfer tätig. Danach wechselte er zur AOK Bayern, wo er bis Juni 2025 beschäftigt war – zuletzt als Firmenkundenberater im Außendienst. Auch politisch engagiert sich Danzer seit vielen Jahren: Seit Mai 2008 war er Mitglied des Gemeinderats der Gemeinde Grabenstätt, von 2020 bis 2025 zudem Zweiter Bürgermeister. Auf Kreis-ebene war er von 2014 bis zu seiner Wahl zum Landrat Mitglied des Kreistags Traunstein und fungierte dort als weiterer Stellvertreter des Landrats.



Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de